



Finanzen

S. 4

Nach dem Willen der Landesregierung sollen die NRW-Kommunen ab 2008 ihre Haushalte nach kaufmännischen Standards führen. Dem stimmten die Vertreter der Kommunen bei einer Anhörung grundsätzlich zu.

Hospizarbeit

S. 14

Einhellige Ablehnung jeder Art von aktiver Sterbehilfe in der Landtagsdebatte um die medizinische und soziale Betreuung sterbender Menschen. Der Sterbehilfe-Wunsch sei oft der „verzweifelte Schrei nach menschlicher Nähe“.

Vorwurf

S. 19

Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Erwin soll sich entschuldigen: In Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung hatte er von einer „politischen“ Justiz in NRW gesprochen.

Walsum

S. 20

Soll die Zeche Walsum den Abbau unter dem Rhein wegen „Umweltrisiken“ stoppen? Regierung und Koalition sehen keinen Anlass.



Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen. 14 Millionen Menschen werden an die Urnen gerufen. Wie viele folgen diesem Ruf und geben ihre Stimme ab? Etliche Bürgerinnen und Bürger sind zufrieden mit ihrer Stadt und Gemeinde – warum wählen gehen? Andere sind enttäuscht über ihre persönliche Lage, über die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse – frustriert bleiben sie den Wahllokalen fern. Beides verständlich, aber zu kurz gedacht: Nur eine möglichst hohe Beteiligung hält Splitterparteien von Rechts und Links klein. Auch wenn es „nur“ eine Kommunalwahl ist – nach den jüngsten Landtagswahlen an der Saar, an Havel und Elbe blickt man in Deutschland auf das Land zwischen Rhein und Weser: Wie entscheidet es sich?

(Seiten 11 bis 13).
Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

Verbessert die Offene Ganztagsgrundschule das Bildungsklima?

Die Offene Ganztagsgrundschule mit ihren Pausen zwischen den Unterrichtseinheiten, in denen Zeit ist für Förderung, Musik, Spiel, Sport und Hausaufgaben, verbessert das Bildungsklima und wird vor Ort rege nachgefragt. Darüber sind sich die beiden Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen einig. Die Opposition sieht das anders. Sie meint, dass diese Schule mit ihrem Betreuungsangebot vielleicht das Gemeinschaftsgefühl fördert. Aber so lange den Schulen die erforderlichen Gelder und Lehrer nicht zur Verfügung gestellt würden, sei es eine Illusion zu glauben, dass so die Defizite aus der PISA-Studie wirksam abgebaut werden könnten (Seite 10).

Kommunalwahl in NRW – Test für Land und Bund?



Inhalt

Inhalt/Editorial	2
Ausbildung umbauen – aber wie?	3
Kommunen stellen ihr Finanzmanagement um	4
Experten diskutieren über neues Schulgesetz	5
Nachtragshaushalt verabschiedet	6
Stärkung der Demokratie im Land	7
Ehrenamt im Sport	7
Rot-Grün befürchtet weiteren Freiflächenverbrauch	8
Minister sieht europäische Stadt bedroht	9
Wort und Widerwort	10
Interview mit Landtagspräsident	11
„Nur wer wählt, bestimmt mit“	
Kommunalwahl: NRW vor der Entscheidung	12
Gespräch mit der Landeswahlleiterin	12
Politikwissenschaftler von Alemann	13
Aktuelle Einschätzung	
Blick nach vorn	13
„Der verbleibenden Zeit mehr Leben geben“	14
Klare Absage an alle Formen der aktiven Sterbehilfe	
Neues Gesundheitsportal	15
Landtag bietet Vorsorge-Check	15
Abschlussbericht zur Frauengesundheit	16
DB und Städte wandeln ehemalige Bahnflächen um	17
Aktuelles aus den Ausschüssen	18
Nachspiel der Affäre Erwin	19
Kurzer Prozess im Rechtsausschuss	19
Steinkohlebergbau in Walsum	20
Enger Kontakt zu Brüssel	21
Föderalismusreform	21
Aus den Fraktionen	22
Porträt der Woche: Ilka Keller (CDU)	23
FCL: Formkrise	23
Impressum	23
Geburtstage und Personalien	24

Jugend hat Bock auf Politik

Wählen heißt Demokratie lernen. Junge Menschen interessieren sich für Politik. Das zumindest meint der Düsseldorfer Parteienforscher Professor von Alemann. Seiner Meinung nach liegt die Crux darin, dass Jugendliche mit der Politik der Parteien und Parlamente nicht viel anfangen können. Wenn sie sich für Politik interessieren, gehen sie nun mal nicht unbedingt zu Wahlkampfveranstaltungen, sondern informieren sich über das Internet.

AKTIV EINSETZEN

Dagegen findet der Duisburger Politikwissenschaftler Professor Schmitt-Beck es eher normal, dass sich Jugendliche wenig für Politik interessieren. Das komme mit dem Alter, kommentierte er eine Internet-Umfrage der Universität Duisburg-Essen unter Erst- und Jungwählern zur anstehenden Kommunalwahl. Seiner Meinung nach wollen Jugendliche nicht lange debattieren, sondern sich aktiv für etwas einsetzen.

Der Städte- und Gemeindebund NRW fordert jetzt die stärkere projektbezogene Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Lokalpolitik. Es sei Aufgabe der Politik, Partizipation in Form von möglichst selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln sicherzustellen, fordert der Zusammenschluss der Kommunen im Land.

WAHLBETEILIGUNG

In Nordrhein-Westfalen werden zur Kommunalwahl fast 900.000 Erstwähler erwartet. Jugendliche ab 16 Jahren dürfen zum zweiten Mal in NRW mitentscheiden, wer in ihrer Stadt und Gemeinde für die kommenden fünf Jahre das Sagen hat. 1999 lag die Wahlbeteiligung der 16 bis 20-Jährigen bei nur 46,5 Prozent.

Vertraut man der Shell-Studie, sinkt das Politikinteresse der Jugend weiter. Doch wer sich enthält und nicht zur Wahl geht, kann nicht über seine Zukunft mitentscheiden. Die eigenen Interessen bleiben dann auf der Strecke. Daher sollten sich Jugendliche einmischen. Denn nur gemeinsam können Jugend und Politik die Zukunft bestimmen. Darum sollten sich beide Seiten füreinander mehr interessieren. Denn im Gespräch mit jungen Menschen wird ganz schnell klar: Die meisten haben doch Bock auf Politik. **SH**

Ausbildung umbauen – aber wie?

Anhörung: Das beste Personal für unsere Kinder

Bildung fängt im Kindergarten an. Wie aber sehen die Rahmenbedingungen aus, in denen Kinder in den ersten Jahren erzogen und gebildet werden? Wie sind die mehr als 70.000 Fachkräfte des so genannten Elementarbereiches im Land selbst ausgebildet? Mit diesen Fragen beschäftigte sich der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) in einer Anhörung am 9. September. Sechs Ausbildungs-Experten standen Rede und Antwort zu einem möglichen Umbau der derzeit an Fachschulen organisierten Erzieherausbildung.

Grundlage des Hearings war der Antrag „Das beste Personal für unsere Kinder – Für eine Stärkung der Attraktivität und des fachlichen Standards der Erzieherausbildung“ (Drs. 13/4694). Mit diesem Papier hat die FDP-Fraktion auf den Verordnungsentwurf der Landesregierung reagiert, der mit Beginn des Schuljahres 2004/05 die Aufnahmevoraussetzungen für die Fachschule für Sozialpädagogik neu regelt.

Einig waren sich die geladenen Experten, dass die Erzieherausbildung in NRW „dringend der Aufmerksamkeit bedarf“, wie es Professor Dr. Lilian Fried von der Universität Dortmund formulierte.

Die Fachschulen seien ein „Auslaufmodell“, ging Dr. Rudolf Nottebaum, Leiter der Bischöflichen Clara-Fey-Schule für Sozialpädagogik, einen Schritt weiter. Zum einen bleibe in drei Jahren immer weniger Zeit für fachtheoretische Ausbildung – im Extremfall effektiv nur noch 25 Wochen. Zum anderen mahnte der Praktiker Tendenzen zum Verzicht auf Fachlehrer und die Auflösung der Fächerstruktur an. 2006, so seine Prognose, breche das Fachschul-System auf Grund Bewerbermangels zusammen.

Seine Lösung: Ein Bachelor-Studium an der Fachhochschule. Allerdings werde es Jahrzehnte dauern, bis das System umgestellt sei.

Allheilmittel Akademisierung? „Mehr Praxis in der Wissenschaft und mehr Wissenschaft in der Praxis“, will Professor Dr. Rainer Dollase von der Universität Bielefeld Brücken schlagen: „Jeder Dozent sollte drei Monate im Jahr eine Kindergartengruppe leiten.“ Aber man brauche auch mehr wissenschaftlich-reflektierende Begleitung der Praxis und empirische Bildungsforschung.

„Nicht Akademisierung, sondern Professionalisierung. Ein Profi ist mehr als ein Praktiker, hat aber auch mehr als nur Fachwissen“, warb Professor Fried für eine Vernetzung der Ausbildungsarten und eine Verbesserung der Fort- und Weiterbildung. Hier könne die Modularisierung ein wichtiges Instrument sein.

„Wir brauchen und bieten in der Praxis die Fall bezogene Reflexion“, argumentierte Professor Dr. Cornelia Giebeler von der Fachhochschule Bielefeld. Zur Qualitätssteigerung in der Elementarbildung – also im Kindergarten – möchte sie unter anderem generell Sozialpädagogen als Leiter einsetzen und kurzfristig weg vom üblichen Vorpraktikum. Eine Veränderung der Ausbildung bringe für die Qualität der Erziehung aber nur dann etwas, wenn man die personelle Struktur der Kindertageseinrichtungen betrachte.

ATTRAKTIVITÄT

Insbesondere die Rahmenbedingungen des Erzieherberufes lagen Werner Plum-Schmidt, Leiter der Hans-Böckler-Kollegschule, und Gerhard Stranz von der Internationalen Vereinigung der Waldorf-Kindergärten am Herzen. Letzterer setzte einer „generellen Hochzoning auf Fachhochschul- oder Hochschulniveau“ eine Differenzierung nach unterschiedlichen Aufgabenstellungen entgegen, die dann von Menschen mit unterschiedlichen Ausbildungen ausgefüllt werden. Wichtig sei eine Steigerung der Attraktivität des Arbeitsfeldes – insbesondere durch angemessene Bezahlung und mehr Investitionen in Fort- und Weiterbildung. Derzeit orientierten sich die Mittel an der Zahl der Vollzeitstellen. Dabei arbeiteten im Bereich Erziehung schon über 30 Prozent in Teilzeit.

Kritik an der „merkwürdigen Hetze“, im Umfeld der aktuellen Veränderungen, übte Plum-Schmidt. Die neuen Zugangsbedingungen seien verwirrend, der Lehrplan gehe über Allgemeinplätze nicht hinaus. Und er frage sich, warum jetzt – kurz nach der Neuregulierung – die Diskussion von vorne beginne.

Eine Menge Diskussionsstoff für die Landespolitiker. In ihren Nachfragen beschäftigten sie sich unter anderem mit dem Vorpraktikum (Christian Lindner, FDP), der Angst, durch Akademisierung gering Qualifizierten einen Ausbildungsweg zu verbauen (Sybille Haußmann, GRÜNE), der Eignung von Sozialpädagogen als Leitungskräfte im Elementarbereich (Jutta Appelt, CDU), aber auch mit Parallelen zur Primarpädagogik und den dort nicht immer positiven Erfahrungen mit Akademisierung (Bernd Flessenkemper, SPD). Die gewonnenen Erkenntnisse diskutiert der Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen.

volk



Ein Traum von einer „Alterspyramide“ – junge Menschen lernen am besten spielerisch. Wie man diese Leichtigkeit nutzt, das bekommen – neben anderem – Erzieherinnen und Erzieher in ihrer Ausbildung vermittelt.
Foto: Schälte

Grundlage der Anhörung im Landtag war der 273 Seiten starke Gesetzentwurf der Landesregierung zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement. Vor der Sitzung (v.l.): Dr. Alexander Schink, Landkreistag NRW, Dr. Birgit Frischmuth, Städtetag NRW, Volkmar Klein (CDU), Vorsitzender des Haushaltsausschusses, Jürgen Thulke (SPD), Vorsitzender des Kommunalausschusses, und Claus Hamacher, Städte- und Gemeindebund NRW.

Foto: Schälte



Künftig wie Unternehmen haushalten Kommunen stellen ihr Finanzmanagement um

Man befinde sich auf dem richtigen Weg, so die einhellige Meinung unter den Sachverständigen, die im Rahmen einer Anhörung zum Reformvorhaben des Haushalts- und Rechnungswesens der Gemeinden im Landtag gehört wurden. Grundlage der Beratungen ist ein Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 13/5567) über ein „Neues Kommunales Finanzmanagement“ (NKF). Demnach soll das althergebrachte kameralistische Rechnungswesen der Kommunen abgelöst und durch ein kaufmännisch geprägtes Rechnungswesen (Doppik) ersetzt werden. Hierzu hatte der federführende Kommunalausschuss zusammen mit dem Haushalts- und Finanzausschuss Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände und einiger Städte und Gemeinden eingeladen.

Selten herrscht so viel Einigkeit unter den Vertretern der Städte, Kreise und Gemeinden, wenn es um die Reform des kommunalen Haushaltsrechts geht. Die Sprecherinnen und Sprecher aller drei kommunalen Spitzenverbände begrüßten in der Anhörung einhellig den Vorstoß der Landesregierung und pochten auf eine zügige Umsetzung des Gesetzgebungsverfahrens, um für Planungssicherheit bei den Kommunen zu sorgen. Ziel des NKF ist es, die kommunale Finanzpolitik nach kaufmännischen Standards und auf das Prinzip der „Generationengerechtigkeit“ auszurichten. Konkret heißt das, dass der gesamte Ressourcenverbrauch einer Kommune innerhalb eines Zeitraums regelmäßig durch Erträge desselben Zeitraums gedeckt werden soll, um nachfolgende Generationen nicht zu überlasten.

Lobend erwähnten die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände die Einbindung und Mitwirkungsmöglichkeiten der Kommunen bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfes zum NKF. Die Korrespondenz zwischen den Kommunen und dem zuständigen Innenministerium sei „in der Geschichte der Gesetzgebung des Landes NRW ziemlich einmalig“ gewesen, so Dr. Alexander Schink vom Landkreistag NRW. Auch Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund sprach von einem „vorbildlichen Verfahren“. Die Kommunen hätten jederzeit die Möglichkeit gehabt, ihre

Anliegen mit einzubringen.

Weniger Einigkeit herrschte in der Frage nach einer Übergangsfrist. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht eine Frist von drei Jahren vor, in der die Kommunen Zeit haben, ihr Haushalts- und Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik umzustellen. Dr. Schink begrüßte diese Drei-Jahres-Frist: die sei ausreichend. Ansonsten laufe man Gefahr, die Reform auf die „lange Bank“ zu schieben. Dr. Birgit Frischmuth vom Städtetag NRW forderte hingegen eine fünfjährige Übergangsfrist. In Anbetracht der zu leistenden Aufwendungen wie Einrichtung von Buchhaltungssoftware und Schulung der Mitarbeiter sei eine Frist von drei Jahren zu kurz bemessen. Einen Kompromiss schlug der Städte- und Gemeindebund mit einer Übergangszeit von vier Jahren vor. Mit Blick auf die Erfahrungen in anderen Bundesländern entspreche diese Zeitspanne dem Trend.

Trotz der grundsätzlichen Zustimmung zum Reformvorhaben wurde jedoch auch Kritik geäußert und Nachbesserungsbedarf angemeldet. So betonten die Vertreter der Kommunen, dass die Einführung des NKF keine Lösung der finanziellen Probleme der Städte und Gemeinden bedeute. „Zwischen allen Beteiligten dürfte unstrittig sein, dass das NKF keinen zusätzlichen Euro in die kom-

munalen Kassen bringen wird“, sagte Hamacher. Im Gegenteil werde die Umstellung des Haushaltsprinzips (EDV-Systeme, Mitarbeiterschulung) zunächst erhebliche Zusatzkosten verursachen, die von den Städten und Gemeinden in der ohnehin prekären Finanzlage getragen werden müssten, so Dr. Schink.

Erfahrungen aus erster Hand konnten die Vertreter der Stadt Düsseldorf, des Kreises Gütersloh und der Gemeinde Hiddenhausen beitragen. Diese hatten das neue Rechnungswesen nach kaufmännischen Grundsätzen bereits im Rahmen eines Modellversuchs vorbereitet und erprobt. „Wir haben im Jahre 2003 auf die Doppik umgestellt, aus heutiger Sicht eine gute Entscheidung“, so das Zwischenfazit von Ulrich Rolfsmeyer, Kämmerer der Gemeinde Hiddenhausen. Die Umstellung habe in seiner Gemeinde zu einem „bewussteren Umgang mit Investitionsentscheidungen“ beigetragen. Zudem habe der Grundsatz der Generationenverantwortung bei den Beratungen der Ratsfraktionen zum Haushalt 2004 einen zentralen Stellenwert eingenommen.

ax

Kameralistik:

Einfache Buchführung, die keine Erfolgskonten, sondern ausschließlich Bestandskonten hat. Die erwarteten Einnahmen und Ausgaben (Solletat) werden den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben (Istetat) gegenübergestellt.

Doppik:

Kaufmännische doppelte Buchführung, die alle Vorgänge erfasst, die Vermögen oder Kapital eines Unternehmens betreffen, um einen Überblick über den Stand und die Veränderungen von Vermögen und Schulden zu erhalten.

Neues Schulgesetz – zu weit oder zu kurz gesprungen?

Expertengespräch: Schulaufsicht und Finanzierung von Ersatzschulen

Schulaufsicht und Ersatzschulfinanzierung – zwei wichtige und kontrovers diskutierte Bausteine des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Drs. 13/5394). Anlass für den Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU), diese Punkte mit externen Experten zu diskutieren. 15 Fachleute beleuchteten Mitte September die Regelungen im Schulgesetzentwurf der Landesregierung und den Gemeinschaftsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Mehr Qualität im nordrhein-westfälischen Bildungssystem: durch den Ausbau der schulischen Selbstständigkeit und Verantwortung und die Reform der Schulaufsicht“ (Drs. 13/4971).

Knackpunkt bei der Neuregelung der Schulaufsicht (§ 86 ff) war die Schaffung einer ortsnahen und schulformübergreifend angelegten Unterstützungs- und Beratungsfunktion. Gute Idee, meinten die Vertreter der Kommunen: „Vor Ort ist das kreativste Potenzial.“ Mönchengladbachs Stadtdirektor, Wolfgang Rombey, hatte als Vertreter des Städtetages NRW gleich ein Beispiel parat, wie Schulträger und regionale Wirtschaft ein Lehrer-Fortbildungsprogramm auf die Beine gestellt haben. Dass regionale Verknüpfung von Schulaufsicht und Schulträger in Modellprojekten funktioniert, berichteten Renate Tölle (Schulverwaltungsamt Dortmund) und Gerhard Engelking (Regionales Bildungsbüro Herford). Engelking befürchtete, mit dem Schulgesetz hinter Standards zurück zu fallen: „Sehen Sie Optionen für weitergehende Entwicklungen vor.“ Nicht weit genug ging der Entwurf auch Dr. Christof Eichert (Bertelsmann-Stiftung). Er vermisste Mut, um von einer Aufsicht zur Steuerung zu kommen – von der Vorgabe, wie es zu machen sei, hin zur Definition von Zielen.

PAUSCHALIERUNG

Gegen ortsnahe Verlagerung sprach sich die Vereinigung Leitender Beamtinnen und Beamten im schulischen Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen (VLBB) aus. Das sei – wenn überhaupt – nur mit einer erheblichen Ausweitung der personellen und sachlichen Ausstattung umzusetzen, formulierte Reiner Grotepaß. Die Entwicklung der Schulaufsicht sei anders kostengünstiger und effektiver möglich. Außerdem fürchtet der VLBB den Verlust der Bündelungsfunktion, die die derzeitige

mittlere Struktur in den Bezirksregierungen biete. Gerade bei den anstehenden Veränderungen in der Schullandschaft erhalte diese Sicherung von Standards große Bedeutung.

Den verfassungsrechtlichen Rahmen steckte Professor Dr. Matthias Pechstein ab. Er wies bei allen weitergehenden Initiativen zur Schulaufsicht auf enge Grenzen hin, die die Schulaufsicht als „unaufgebbare staatliche Aufgabe“ setze.

Weniger kontrovers diskutierten die Fachleute zur Finanzierung der so genannten Ersatzschulen, Schulen in privater oder konfessioneller Trägerschaft. Einmütig begrüßten die Trägervertreter den gemeinsam mit dem Ministerium erarbeiteten Trend, weg von der spitzen Zuschuss-Abrechnung hin zu Pauschalen. Ein Schritt in die richtige Richtung, nur leider zu kurz, so der Tenor.

Enttäuscht waren Sibrand Foerster (Evangelische Kirche Rheinland), Dr. Richard Landl (AG Waldorfpädagogik), Christian Lucas (Bundesverband deutscher Privatschulen) und Dieter Norpoth (Herder-Schule Wuppertal), dass der Gesetzentwurf nur Pauschalen bei Sach- und lediglich in Ausnahmefällen bei den ungleich höheren Personalkosten vorsieht. Eine Pauschalierung der Personalkosten sei auf Grund der großen Ausgabenunterschiede bei verschiedenen Trägern sehr schwierig, erläuterte Annegret Keisers, Direktorin am Landesrechnungshof. Der Rechnungshof war es, der 1997 die Überprüfung des wohl bundesweit

kompliziertesten Abrechnungsverfahrens veranlasste.

Ob die Pauschalierung der rechtlichen Prüfung standhält, machte Professor Dr. jur. Bernhard Stür an der Berechnungsgrundlage fest. Hier müsse der Gesetzgeber nachweisen, dass sie sich an den tatsächlichen Kosten orientiere. Derzeit gibt es jedoch keine verlässlichen Daten. Und die bisherigen Annahmen liegen laut den privaten Trägern zu niedrig, da hier die Bau-, Investitions- oder Mietkosten nicht veranschlagt würden. Berücksichtige man diese, läge der Landeszuschuss deutlich unter den festgeschriebenen 85 bis 94 Prozent.

ELTERNANTEIL

Weiteres Kriterium, so Stür, sei das Abfangen von Härten. Ein Feld, auf dem sich vor allem Eltern und Träger von Sonderschulen auskennen. Wegen einheitlicher Berechnungsschlüssel müsse er für seinen behinderten Sohn auf der privaten Johannes Sonderschule Bonn monatlich 170 €, für den nicht behinderten Bruder nur 60 € zahlen, prangerte Dr. Peter Südbek „ein Stück Diskriminierung“ an. Bereits heute könnten 30 Prozent der Eltern diesen Eigenanteil nicht zahlen, plädierte er für differenzierte Lösungen. **vok**



Umlagert waren die Stapel mit den Zuschriften zu den beiden Punkten des Expertengesprächs im Schulausschuss.

Foto: Schälte

„Den beginnenden Aufschwung nicht gefährden“

In lebhafter Sondersitzung Nachtragshaushalt verabschiedet

In einer Sondersitzung verabschiedete der Landtag am 21. Juli in zweiter und dritter Lesung das Nachtragshaushaltsgesetz 2004. Dabei gerieten Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) und Oppositionsführer Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) verbal aneinander: Er sei ein „Relikt aus der Kohl-Ära“, bescheinigte Steinbrück dem Fraktionschef der Union. Der nannte seinen Kontrahenten „die Verkörperung der Hoffnungslosigkeit in diesem Land“.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, geißelte die „Erblast“ von mehr als 110 Milliarden Euro, die die Neuverschuldung aufhäufe: Täglich würde so das „Geld für vier Kindergärten oder zwei Grundschulen alleine für Zinsen ausgegeben“. In der laufenden Legislaturperiode steige die Verschuldung des Landes um 26 Milliarden, das sei ein Viertel der Schuldenlast der letzten 50

Jahre in NRW - „wahrlich ein Desaster“. Dieser Haushalt sei wie andere zuvor verfassungswidrig, erklärte Rüttgers und verlangte eine neue Finanzpolitik für das Land: Nur eine konsequente Sanierungspolitik führe zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Dafür schlage die CDU den Wegfall von jährlich 1,5 Prozent der Stellen in der Landesverwaltung, einen gezielten Subventionsabbau, etwa bei der Steinkohle und Windkraft, und die Überprüfung aller Leistungsgesetze vor. Den Neuanfang im Land könne aber nur eine neue Regierung schaffen: „Wir trauen uns diesen Anfang zu.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, kontierte, der Nachtragshaushalt sei erforderlich, um zusätzlich 6.100 Plätze in Offenen Ganztagschulen zur Verfügung zu stellen, um 250 weitere Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung zu schaffen, weitere 226 Referendare für den Schuldienst einzustellen

und etwa auch 1,8 Millionen Euro für die Planung der World-



Dr. Jürgen Rüttgers, CDU

Edgar Moron, SPD

Dr. Ingo Wolf, FDP

Sylvia Löhrmann, GRÜNE

Peer Steinbrück, SPD

Fotos: Schälte

Games in Duisburg bereit zu stellen. „Wir machen eine verantwortbare Politik, die auch berechenbar ist“, erklärte Moron und warf der CDU vor, sie verspreche jedem, was er wünsche. Die Union habe im Grunde kein richtiges Konzept: „Ihre Politik ist unglaublich. Sie reden hier so und handeln anders.“

Dr. Ingo Wolf, Vorsitzender der FDP-Fraktion, kritisierte, die Neuverschuldung gehe zu Lasten der Kinder in diesem Land. Darin sehe er einen „konsequenten Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit“, erklärte Wolf und hielt dem Ministerpräsidenten vor, er lege verfassungswidrige Haushalte „in Serie“ vor. Die rot-grüne Koalition bezeichnete er als Triebfeder des wirtschaftlichen Niedergangs. Wenn das Land hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibe, dann liege das nicht an den Menschen, sondern an der Regierung. Die könne nicht auf die Opposition verweisen: „Flotte Sprüche und markige Beschimpfungen der Opposition ersetzen keine vernünftige

Politik. Sie sind am Ruder. Sie müssen handeln!“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, meinte, der Nachtragshaushalt sei nötig geworden, weil sich seit Verabschiedung des Doppelhaushalts einige gravierende Rahmenbedingungen verändert hätten. So würden weniger Steuern eingenommen und es müsse mehr für das Wohngeld bereitgestellt werden. Wenn man nun mit rund 2,4 Milliarden über der Verfassungsgrenze liege,

und sei alles andere als gut für eine nachhaltige Finanzpolitik. Löhrmann: „Es ist schlicht der Faktenlage geschuldet und dient zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.“ Die CDU verfare nach dem Motto: Allen wohl und keinem weh. Die Liberalen schließlich stellten den Anspruch von sozialer Gerechtigkeit zu sehr in den Hintergrund.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) räumte ein, es gebe erhebliche Haushaltsprobleme; mehr Wirtschaftswachstum werde gebraucht. In diesem Dilemma stecke nicht nur Nordrhein-Westfalen. Man werde nur herauskommen, „wenn wir die Ursachen für eine unzureichende Wachstumsdynamik beseitigen“. An die Opposition gewandt meinte er, deren Alternativvorschläge seien inhaltlich und personell dünn, substanzlos und unrealistisch. Sein Fazit gegenüber dem CDU-Fraktionschef: „Sie kneifen. Sie bleiben sehr oberflächlich.“ Damit komme man aber in Wahlen nicht durch. Selbstkritisch fügte er hinzu: „Wir alle gemeinsam sind auch in den Debatten hier im Landtag sehr aufs Scheitern, auf Risiken und auf Bedenken konditioniert. Ich wäre dankbar, wenn wir uns sehr viel stärker aufs Gelingen, auf Chancen und Ermutigung konzentrieren könnten.“

Stärkung der Demokratie im Land

Weniger Bürokratie und mehr Mitwirkung

In zweiter Lesung hat der Landtag vor der Sommerpause den Gesetzentwurf verabschiedet (Drs. 13/5396), in dem SPD und Grüne die Voraussetzungen für das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid neu regeln. Alle vier Fraktionen stimmten der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses (Drs. 135686) zu.

Dorothee Danner (SPD) führte die einzelnen Neuregelungen auf und sagte: „Unser Ziel ist eine stärkere Bürgerbeteiligung. Ich denke, das ist uns mit den heute vorgeschlagenen Änderungen deutlich gelungen.“ Mit dem Gesetz würden die Bürgerinnen und Bürger stärker an der politischen Arbeit beteiligt. Dass sie diese Gelegenheit auch nutzen, sei ihre Hoffnung.

Werner Jostmeier (CDU) stimmte der freien Unterschriftensammlung für die Volksinitiative zu, weil dieses Instrument keine verbindlichen Rechtsfolgen außer der habe, dass sich der Landtag wieder mit einem Thema be-

schäftigen muss. Dieses Vorgehen reduziere Verwaltungsaufwand und Kosten. Außerdem sei das so in den anderen Bundesländern Praxis, die eine Volksinitiative vorsehen.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) stimmte dem „vernünftigen Vorschlag von SPD und Grünen“ zu. Den beiden Vorschlägen ihrer Fraktion sei ebenfalls gefolgt worden; die sehen zum einen vor, dass die Durchführungsverordnung des Innenministers im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss erlassen wird. Der andere Vorschlag bestehe darin, dass die Initiatoren eines Volksbegehrens keine Kostenfolgeabschätzung vorzunehmen haben.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) lobte die mit dem Gesetz bewirkte Stärkung der Demokratie im Land. Sie dankte den anderen Fraktionen für die zügige Beratung und konstruktive Zusammenarbeit, auch mit dem Innenminister. Sie begrüßte „mehr direkte Demokratie, weniger Bürokratie und ein Mehr an Gestaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort“.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) nahm die rasche Beratung des Gesetzes als Beweis dafür, „dass alle im Landtag vertretenen Parteien einmütig die demokratischen Rechte des Volkes weiter stärken wollen“. Der Minister kündigte an, dass der seit 2002 vorhandene Leitfaden überarbeitet wird. Mit dem Hauptausschuss werde so bald wie möglich das erforderliche Einvernehmen über die Durchführungsverordnung herbeigeführt.

Nach der Trainingsarbeit – zur Abrechnung ehrenamtlich geleiteter Kurse muss ein Formular ausgefüllt und weitergeleitet werden.



Fotos: Schälte, Sportjugend NW, Erik Hinz

„Diese Leistungen sind unbezahlbar“
Arbeit am Zertifikat vor dem Abschluss

„Ehrenamt im Sport endlich zertifizieren“ – diesen Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 13/5643) überwies der Landtag Mitte Juli an den federführenden Sportausschuss.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) verlangte, das Ehrenamt im Sport sei endlich dem sozialen Ehrenamt gleichzustellen. Das werde von den im Sport tätigen Ehrenamtlichen verlangt und sei auch vom Sportminister versprochen worden - bisher ohne Folgen. Dabei dürfte es doch möglich sein, gemeinsam mit den Sportverbänden einen Landesnachweis auf den Weg zu bringen. Das sei vor allem für junge Menschen wichtig, denen auf diese Weise ihr Engagement bescheinigt werde.

Ina Meise-Laukamp (SPD) war auch dafür, dem Engagement „zumindest eine ideelle Anerkennung zu verschaffen“. Aber dieser an sich richtige Antrag komme zur falschen Zeit und

habe handwerkliche Fehler. Die Landesregierung sei schon im Abstimmungsprozess mit dem Landessportbund, sie sei bei der Zertifizierung „im Endspurt“.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) unterstrich, im Sport gebe es vergleichbar wertvolle Arbeit wie in der Kultur, im Umweltschutz oder im Sozialbereich - „und für solch eine Tätigkeit wäre der Landesnachweis recht und billig“. Für ihre Fraktion gebe es keine stichhaltige Argumentation, den Sport vom Landesnachweis auszuspären.

Ewald Groth (GRÜNE) betonte, man müsse sorgfältig handeln für eine Zertifizierung im

Sport. Das allein sei für die Dauer des Verfahrens verantwortlich. Alle Fraktionen stünden geschlossen hinter der Zertifizierung im Sport. Warum dann der FDP-Antrag? Groth: „Er ist auch rein dem Wahlkampf geschuldet.“

Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) teilte mit: „Selbstverständlich wollen wir das Zertifikat.“ Es solle zum 1. Januar 2005 eingeführt werden, wenn es allein nach der Landesregierung ginge. Es gebe 500.000 Ehrenamtliche im Sport, „was diese uneigennützig und freiwillig leisten, ist wirklich unbezahlbar“. Die ehrenamtliche Übungsarbeit sei einer der Schwerpunkte der Landesförderung.

Ein langjähriges Anliegen brachte die CDU-Fraktion Mitte Juli erneut zur Sprache: Da beriet der Landtag in erster Lesung den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung und zur Änderung der Verordnung zur Durchführung

des Baugesetzbuches in NRW (Drs. 13/5644) und überwies den Entwurf an den federführenden Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen. Mit dem Vorstoß will die CDU erreichen, dass die Frist zur neuen Nutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude bis Ende 2008 (und nicht nur bis Ende dieses Jahres, wie Rot-Grün beschlossen hat) verlängert wird. Damit will die Union nach eigenen Worten den Strukturwandel in der Landwirtschaft erleichtern und zudem vermeiden, dass Gebäude leer stehen oder Bausubstanz verfällt. Die Koalition lehnt diese Fristverlängerung als Beschleunigung des Freiflächenverbrauchs ab.

Bernhard Schemmer (CDU) urteilte, die auf ein Jahr befristete Aussetzung der Bestimmung sei rechtswidrig: Entweder werde die entsprechende Ermächtigung des Bundesgesetzgebers ganz umgesetzt oder gar nicht: „Man kann dazu nur Ja oder Nein sagen. Grüne Farbtupfer sind dabei nicht gefragt.“ Damit spielte Schemmer auf die vom Landesgesetzgeber eingefügte Bestimmung an, die neue Nutzung dürfe nicht gegen die Darstellung im Landschaftsplan verstoßen und außerdem sei die Zustimmung der Bezirksregierung zu Baugenehmigungen im Außenbereich erforderlich.

Dieter Hilser (SPD) warf dem Vorredner vor, er beschränke sich mit dem Vorhaben auf „landwirtschaftliche Klientelpolitik“ und schildere nur eine Seite des Problems, die Umwidmung. Der Freiflächenverbrauch werde unterschlagen, kritisierte er mit dem Hinweis, derzeit würden im dicht besiedelten NRW täglich zusätzliche 15 Hektar versiegelt. Die Entscheidung von Rot-Grün, die Antragsfrist um ein Jahr zu verlängern, damit die landwirtschaftlichen Betriebe einen Antrag stellen können, bezeichnete er als „angemessen und mit Blick auf die Situation verhältnismäßig“.

Karl Peter Brendel (FDP) schloss: „Insgesamt ist der vorliegende Antrag vernünftig.“ Es sollte kurzfristig darüber entschieden und dabei dem Vorschlag der CDU-Fraktion gefolgt werden, zunächst einmal die Frist zu verlängern, wie es der Bundesgesetzgeber ausdrücklich ermögliche. Auch Brendel nannte die von Rot-Grün eingeführte Einschränkung rechtswidrig und schlug vor, auf die zweite Instanz, den Regierungspräsidenten, zu verzichten. Den Behörden der ersten Instanz sollte man das entsprechende Verantwortungsbewusstsein zutrauen.

Rot-Grün befürchtet weiteren Freiflächenverbrauch

Nutzung früherer landwirtschaftlicher Gebäude umstritten

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) fand, das Vorhaben fördere bloß die weitere Zersiedelung des ländlichen Raumes. Er,



Viele landwirtschaftliche Betriebe suchen ein zweites wirtschaftliches Standbein und nutzen die Gebäude wie auf diesem Bild oft als Bauerncafé oder Hofladen.

Fotos: Kamp

Rommel-spacher, wisse selber, „was passiert, wenn man jeden Stall und jede verfallene Scheuer für eine weitere Besiedelung öffnet. Dann haben Sie blitzschnell eine Kleinsiedlung, die wiederum eigenes Baurecht generiert“. Im Übrigen

wette er um ein Kistchen Wein, falls mehr als 100 Anträge zustande kommen sollten.

Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) teilte mit, man habe sich in NRW für ein Jahr Verlängerung entschieden, um die Altfälle abzuwickeln. Wer durch das Rost gefallen sei und wer länger die landwirtschaftliche Betätigung aufgegeben habe, „hat in diesem Jahr die Chance, von der Umnutzungsmöglichkeit Gebrauch zu machen“. Von daher sehe er keinen Grund, diese Frist zu verlängern.

Weinwette

Die Wette um ein „Kistchen Wein“, angeboten vom GRÜNE-Abgeordneten Rommelspacher, hat der CDU-Abgeordnete Schemmer angenommen und, wie er inzwischen festgestellt haben will, auch gewonnen. Nach eigenen Recherchen bei den Bauämtern in den vier münsterländischen Kreisen sei die 100er-Marke überschritten worden, hieß es vor kurzem in einer Pressemitteilung aus dem Kreis der münsterländischen CDU-Abgeordneten. Darum will Schemmer in einer ungenutzten Scheune in seinem westmünsterländischen Wahlkreis den Rebensaft gemeinsam mit Rommelspacher darauf leeren, dass es auf Initiative der CDU-Fraktion gelungen ist, die im Baugesetzbuch festgelegte Sieben-Jahres-Frist bis Ende des Jahres in NRW auszusetzen. Nur innerhalb dieser Frist nach Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung ist es nämlich möglich, Hofgebäude außerhalb von Ortschaften für eine neue Nutzung umzubauen.



Minister sieht europäische Stadt bedroht

Abgeordnete erörtern Kommissionsbericht

Nahezu drei Jahre hat die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ an ihrem Auftrag gearbeitet, die Auswirkungen absehbarer wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen nationaler und globaler Art auf den Lebensraum Stadt und seine Bevölkerung zu untersuchen und entsprechende Handlungsempfehlungen vorzulegen. Am 14. Juli diskutierte der Landtag den von der Kommission vorgestellten Abschlussbericht. Dazu hatten die Fraktionen Anträge vorgelegt: Die Koalition unter Drs. 13/5645 und CDU und FDP unter Drs. 13/5709.

Hans-Peter Milles (SPD) bekräftigte, die Enquetekommission habe ihren parlamentarischen Auftrag erfüllt. Der Bericht werde von allen Fraktionen einstimmig getragen, das sei besonders herauszustellen, erklärte der Vorsitzende der Kommission weiter. Von den Handlungsempfehlungen nannte er beispielsweise, den Kommunen sollte zukünftig deutlich mehr Handlungsautonomie und Eigenverantwortung übertragen werden. Die Landespolitik sollte bessere Voraussetzungen für regionale Kooperationen schaffen. Die Städte müssten wieder ihre soziale Integrationswirkung zurückgewinnen. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung sei ein integriertes Förderprogramm zum Stadtumbau West erforderlich. Milles erhoffte sich auf der Basis des Abschlussberichts eine konstruktive Diskussion über die Zukunft der Städte.

Rainer Schmeltzer (SPD) dankte für die Zusammenarbeit und die Kompromissbereitschaft aller Seiten, die zu einem „gemeinsamen und guten 425-seitigen Papier“ geführt haben. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei besonders wichtig, dass die Landespolitik die Voraussetzungen für regionale Kooperationen schafft. Der Abgeordnete erklärte, der Steuerungsanspruch des Landes lasse sich angesichts des Bedürfnisses nach operativer Autonomie bei der Umsetzung von Programmen auf kommunaler Ebene am besten über eine effiziente Prozess- und Ergebniskontrolle bewerkstelligen.


Bernd Schulte (CDU) fand, NRW brauche einen wirklichen Neuanfang in der urbanen Politik, im Stadtumbau, in der Stadterneuerung, in der Brachflächenentwicklung und der Wohnraumförderung – und eine ehrliche Bestandsaufnahme: „Mit regierungsamtlicher Kosmetik und Beschönigung ist kein Weiterkommen.“ Auch wenn sich die 396 Kommunen des Landes nicht in ein starres Schema einordnen ließen, so gebe es doch fünf zentrale Herausforderungen. Das sei zum einen die dramatische Haushaltslage der Städte und der Bevölkerungsverlust. Eine

andere Entwicklung sei die absehbare soziale, ethnische und demografische Entmischung vor allem in den unattraktiven Quartieren der Städte, während gleichzeitig die Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen zunehme. Aus der Sicht der Kommission gelte es, einen gezielten, auf Rückbau und Qualitätssteigerung beruhenden Stadtumbau in NRW voranzutreiben.

Karl Peter Brendel (FDP) forderte Konsequenzen: „Zur Bewältigung der großen Herausforderungen müssen die Handlungsmöglichkeiten des Wohnungsbaus, der Sozialpolitik, Stadtentwicklung, der Verkehrsplanung usw. durch integrierte Ansätze aufeinander abgestimmt werden.“ Die Steuerungskompetenz sei stärker auf die lokale Ebene zu übertragen. Bei der Bürgerbeteiligung, einem wichtigen Mittel zur Identifikation der Einwohner mit ihrer Stadt, liege noch vieles brach.

Dr. Thomas Rommelpacher (GRÜNE) stellte drei Bereiche heraus. Regionale Zusammenarbeit der Städte bedeute, dass sich die Städte nicht länger „im ruinösen Wettbewerb untereinander“ erschöpfen, sondern dass sie kooperieren müssen. Die Förderpolitik sei umzustellen: Nicht mehr einzelne För-

dertöpfe, sondern regionale Budgets, die mit Städten und Regionen über einen längeren Zeitraum vereinbart werden. Das dritte sei dafür zu sorgen, dass ethnische Spaltungen und Segregation in Problemgebieten verhindert werden.

Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) teilte die meisten fachlichen Positionen der Kommission. Die Wirtschaftsregionen stünden in einem harten europaweiten Wettbewerb. Der demografische Wandel stelle die Städte vor bisher unbekannte Probleme. Der Minister: „Die Kerne unserer Städte sind in ihrer Vitalität bedroht, und damit ist das Modell der europäischen Stadt bedroht. Das dürfen wir nicht zulassen.“ Er, Vesper, werde gern den Handlungsauftrag entgegennehmen, den das Parlament beschließt und ihn „schleunigst umsetzen“. Dazu werde im Herbst ein Fahrplan vorgelegt. 



Zieren den Einband des Berichts der Enquetekommission Zukunft der Städte: Die Gehry-Bauten im Düsseldorfer Medienhafen, einen Steinwurf weit vom Landtag entfernt.

Foto: Schälte



VON BRIGITTE SPETH (SPD)

VON BERNHARD RECKER (CDU)

Jedes Kind ist anders. Die einen lernen schnell, die anderen langsam. Die einen fragen ohne Ende, die anderen können die deutsche Sprache mehr schlecht als recht. Die einen können sich selbst beschäftigen, andere können das nicht. So manches Kind kommt ohne Frühstück zur Schule. Andere wiederum bekommen nichts geregelt; ihre Bücher, ihre Ranzen sehen entsprechend aus. Immer mehr Eltern überlassen immer mehr der Schule und damit den Lehrerinnen und Lehrern.

Die Offene Ganztagsgrundschule bietet mehr Zeit für Kinder, mehr Zeit für Bildung, Erziehung und Betreuung, übrigens auch weniger Zeit für Fernsehen, weniger Zeit, sich allein gelassen zu fühlen.

Mehr Zeit steht zur Verfügung für das Lernen, für individuelle Förderung, für Sport, für musisch-kulturelle Aktivitäten, für Spiel, für Hausaufgaben, auch fürs Lesen.

Das Klima in der Offenen Ganztagsgrundschule wird geprägt von Lehrer/innen, Erzieher/innen und anderen Beschäftigten, die die unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnisse der Kinder sehen, respektieren und entsprechend reagieren. Das prägt das Klima in der Schule. Das eröffnet neue Chancen für Bildung im weitesten Sinne, auch und besonders für informelle Bildung und für gemeinsames Tun.

Bereits jetzt, nach einem Jahr Offene Ganztagsgrundschule, sagen viele, die dort arbeiten oder ihr Kind dort gut aufgehoben wissen, dass sich die gemeinsame Arbeit positiv auf das Klima der Schule auswirkt und sich dadurch das Lernklima verbessert hat. Insofern wird in der Offenen Ganztagsgrundschule die Forderung nach einem erweiterten Bildungsverständnis nach und nach Realität.



Ja, die Offene Ganztagsgrundschule verbessert das Bildungsklima!

Wir müssen zwei Herausforderungen meistern: Wir müssen erstens die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und zweitens die durch PISA dokumentierte Bildungsmisere in NRW beseitigen. Die Offene Ganztagsgrundschule begegnet ausschließlich dem erstgenannten Problem. Das Bildungsklima wird wesentlich durch die Rahmenbedingungen bestimmt, die unseren Schulen gewährt oder nicht gewährt werden – in den vergangenen Jahren sind diese weiter verschlechtert worden.

Wenn in der Offenen Ganztagsgrundschule Kinder auch am Nachmittag zusammen sind, spielen, gemeinsame Unternehmungen machen, musizieren, kann dadurch vielleicht das Gemeinschaftsgefühl verbessert werden. Das Bildungsklima verbessert sich allerdings nicht, wenn echte Ganztagschulen mit Unterricht am Nachmittag kostenlos sind, aber nun für lediglich ein bisschen Betreuung bis zu 100 Euro von den Eltern gezahlt werden sollen. Es gibt keine Verbesserung, wenn die Grundschulen weiter mit unkoordinierten Reformhäppchen verstopft werden, ihnen jedoch die notwendige Ausstattung mit Lehrern verweigert wird. Wenn Grundschulkindern sich weiterhin auf stetig wechselnde Klassenlehrer einstellen müssen, dann fehlen die Grundlagen für eine Verbesserung des Bildungsklimas.

Grundschulen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, Kontinuität in der Lehrerversorgung und endlich Ruhe. Die Schulen müssen die Aufgabe erledigen können, die sie eigentlich haben: guten Unterricht für unsere Kinder sicherzustellen.



VON RALF WITZEL (FDP)

VON SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE)

Das rot-grüne Modell der so genannten Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) verfolgt keine erkennbaren bildungspolitischen Zielsetzungen und ist daher – nach eigener Aussage der Initiatoren – keine Antwort auf PISA. Bei dem Projekt geht es letztlich nur darum, Geld einzusparen, indem parallel zum OGS-Ausbau qualitätsorientierte Betreuungsstrukturen wie in Horten zwangsweise durch das Land geschlossen werden.

Qualifiziertes Erziehungspersonal wird infolgedessen in die Arbeitslosigkeit entlassen und durch Billigkräfte ersetzt, die keine pädagogische Ausbildung haben. Dies ist kein Beitrag zur individuellen Förderung oder Schaffung zusätzlicher Bildungsmotivation. Für die Aufstockung von 235 OGS auf über 700 hat das Land insgesamt nur 13 Lehrer eingestellt. PISA lässt grüßen: Die OGS ist die erste Schule ohne Lehrer.

Eltern sind bald in Ermangelung qualitätsorientierter Angebote gezwungen, OGS-Kapazitäten zu nutzen, um überhaupt Nachmittagsbetreuung zu erhalten. Mit einer bewussten Entscheidung für das rot-grüne Modell hat dies nichts zu tun. Zur Verstärkung von Bildungsanreizen brauchen wir mehr individuelle Förderung, passgenaue echte Ganztagschulen und differenzierte pädagogische Konzepte als Ergänzung der Halbtagschule im fairen Wettbewerb aller Schulformen auch in höheren Altersjahrgängen. Andere Bundesländer beweisen, wie sich auf diesem Weg das Bildungsklima verbessern lässt.



Verbessert die Offene Ganztagsgrundschule das Bildungsklima?

Die Antwort ist ein klares „Ja“. Die Offene Ganztagschule verbessert das Bildungsklima ganz erheblich! Dies ist die eindeutige Rückmeldung, die wir vor

Ort aus den Schulen erhalten. Die Ganztagschule schafft – ganz einfach – mehr Zeit, für Schülerinnen und Schüler zum Lernen und zum Leben. Sie ist eine Chance, Zeitdruck und Hektik aus dem Schulalltag herauszunehmen. Dies gelingt besonders gut in Schulen, die ihren Alltag rhythmisieren, also den Unterricht über den Tag verteilen und „Pausen“ zwischen den Unterrichtseinheiten sinnvoll gestalten. Wir sind noch am Anfang, aber wir entwickeln Schule zu einem Lebensort, der zunehmend auch mit Freizeit, mit Spiel und Spaß und mit gemeinschaftlich gepflegten Hobbys gefüllt wird. In einer solchen Atmosphäre lernt es sich leichter und besser. Das ist eine Binsenweisheit. Die Offene Ganztagschule erfordert mehr Austausch zwischen den in der Schule Tätigen und den Eltern. Dies beinhaltet natürlich auch Konfliktpotential. Nichtsdestotrotz ist eine stärkere Einbindung der Eltern nötig und wichtig. Ein konstruktives Miteinander ist dem Bildungsklima förderlich. Und wenn die Kinder mit bereits erledigten Hausaufgaben daheim ankommen, entlastet dies wiederum das Familienleben.

Wichtig ist auch: Die Offene Ganztagschule erreicht mit ihren Kultur-, Sport- und Förderangeboten gerade auch so genannte bildungsferne Schichten, und das ist gut so. Denn nur so können wir der sozialen Spaltung unserer Bildungsgesellschaft entgegenwirken.



Aktiv auf die Menschen zugehen

Etwa 14 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner des Landes können am 26. September über die Zusammensetzung von Rat und Kreistag und die Besetzung der Ämter von Bürgermeister und Landrat entscheiden. Wie viele von ihnen werden ihr Wahlrecht nutzen? Es gibt gute Gründe, sich einzumischen und mit der eigenen Stimme Partei zu ergreifen, meint Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Interview mit „Landtag intern“.

Am 26. September sind Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Warum soll der Bürger gerade bei dieser Wahl seine Stimme abgeben?

Schmidt: Nirgendwo können die Menschen direkteren Einfluss ausüben und größeren Anteil nehmen als an der Politik „vor Ort“, der Kommunalpolitik. In der Gemeinde besteht eben noch die Möglichkeit, den Kandidaten unmittelbar auf den Zahn zu fühlen – und bei der Kommunalwahl geht es nun mal um Einzelpersonen. Deshalb appelliere ich an die Bürgerinnen und Bürger, sich kritisch mit dem politischen Geschehen in ihrem persönlichen Lebensumfeld auseinanderzusetzen und mit zu entscheiden, also zur Wahl zu gehen.

Trotzdem geht die Beteiligung an Kommunalwahlen zurück. Warum ist das so?

Schmidt: Wir müssen feststellen, dass die Wahlbeteiligung insgesamt rückläufig ist. Das ist weniger eine Besonderheit bei Kommunalwahlen. Bei der jüngsten Landtagswahl im Saarland beispielsweise hat die Wahlbeteiligung mit knapp über 50 Prozent einen historischen Tiefstand erreicht. Ich hoffe nicht, dass es bei der nächsten Landtagswahl in NRW genauso sein wird. Natürlich frage ich mich, ob die Menschen von den politischen Parteien noch richtig angesprochen werden und deshalb glauben, mit ihrer Stimme eh' nichts verändern zu können und daher der Wahl fern bleiben. Zudem stelle ich mit Schrecken fest: Es gibt immer mehr Populisten, die durch unser Land ziehen und die Menschen davon überzeugen wollen, nicht mehr wählen zu gehen. Das ist für uns alle eine schwierige Situation. Ich kann nur sagen, wenn wir, wie bereits 1999 geschehen, den jungen Menschen auf kommunalpolitischer Ebene ab 16 Jahren das Wahlrecht zugestehen, dann erwarte ich auch, dass diejenigen, die sich wählen lassen wollen, gezielt den Kontakt mit den Jugend-

lichen suchen. Wir müssen der Entwicklung entgegenwirken, dass viele junge Menschen gar nicht zur Wahl gehen oder, wenn sie denn wählen, nach rechts oder links außen abdriften. Gleiches gilt natürlich auch für die Erwachsenen: Aus meiner 20-jährigen Erfahrung als Bürgermeister weiß ich, wie wichtig es ist, auf die Menschen aktiv zuzugehen. Wenn dies die Politik vor Ort beherrzigt, dann sehe ich der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl in NRW optimistisch entgegen.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat gerade die Instrumente zu mehr direkter Bürgerbeteiligung geschaffen. Weckt dies Überdruß oder das erwartete stärkere Engagement für die Gestaltung des Gemeinwesens?

Schmidt: Ich sehe diese Instrumente zu mehr direkter Bürgerbeteiligung als eine sinnvolle Ergänzung zu den bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. Auf diesem Wege haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, konkret auf einzelne, kommunalpolitisch relevante Themen Einfluss zu nehmen. Die Instrumente haben oftmals die wirksame Funktion eines Feuermelders im Notfall, und zwar dann, wenn der Rat ein berechtigtes Bürgeranliegen nicht erkennt bzw. nicht erkennen will. Dass dies Anlass für Überdruß sein sollte, kann ich nicht erkennen.

An der Kommunalwahl können junge Leute ab 16 teilnehmen. Was glauben Sie - sollte das Wahlalter auch bei anderen Wahlen gesenkt werden?

Schmidt: Ich sage ganz ehrlich, ich war seinerzeit kein großer Freund von der Entwicklung, das Wahlalter auf 16 Jahre herunterzusetzen. Aber es ist so gekommen, ich akzeptiere das, und die Erfahrungen, die wir bislang gemacht haben, sind durchaus positiv. Aber man sollte diese Erfahrungen jetzt zunächst einmal zur Kenntnis nehmen und versuchen, damit politisch umzugehen. Ich halte es also nicht für sonderlich klug, zum jetzigen Zeitpunkt bereits weitere Schritte zu unternehmen, um die Absenkung des Wahlalters auch auf andere Wahlen auszuweiten. 🗳️



Weichen werden gestellt

Nordrhein-Westfalen vor der Entscheidung

Waren das Zeiten! Vor zehn Jahren schritten 81,7 Prozent der Stimmberechtigten zur Wahl der NRW-Räte und Kreistage. Vorbei – bei der nächsten Kommunalwahl 1999 schafften nur noch 55 Prozent der Wahlberechtigten an Rhein und Ruhr den Weg zur Urne: Die „Partei der Nichtwähler“ hat Zulauf erhalten. Gilt das auch im nächsten Jahr, wenn der neue Landtag zu wählen ist, der weniger Sitze hat als der jetzige? Die Verkleinerung auf 181 (statt bisher 201) Mandate ist doch ein gutes Argument gegen „Politikverdrossenheit“.

Warum die Beteiligung so schwankt, darüber machen sich jetzt Studierende und Forscher der Universität Duisburg-Essen ihre Gedanken. Der Politikwissenschaftler Professor Dr. Rüdiger Schmitt-Beck will in einer wissenschaftlichen Untersuchung der Frage nachgehen, warum die

Wahlbeteiligung so dramatisch sinkt: „Das Wahlverhalten bei Kommunalwahlen ist weitgehend unerforscht“, erklärte er vor kurzem.

Ein Blick in die NRW-Zeitungen beschreibt Stimmungslage und Ziele der Parteien für das anstehende Ringen. „Grüne erhoffen zweistelliges Ergebnis“, heißt es da, „wir arbeiten daran, möglichst viel Grün zu erreichen bei der nächsten Kommunalwahl“, sagt Vorsitzende Britta Hasselmann. Eine Verdoppelung der Mandate gegenüber 1999 (4,3 Prozent) streben die Liberalen an, die auf ihr gutes Ergebnis bei der Europawahl verweisen. Die CDU will ihren Erfolg von 1999 bestätigen und Landeschef Jürgen Rüttgers warnt angesichts positiver Meinungsumfragen vor verfrühter Euphorie. Ministerpräsident Steinbrück findet, „die Stimmung kippt“ – zu Gunsten der Landes-SPD nämlich.

Man sieht: Die Landtagsparteien nehmen die Kommunalwahl ernst. Man unterstreicht ihre landespolitische Dimension als Etappe auf dem Weg zur alles entscheidenden Landtagswahl im Mai nächsten Jahres. Das ist des Schweißes der Edlen wert. Also werden im

NRW-Kommunalwahlkampf Klinken geputzt und der Wähler dort aufgesucht, wo er zu Hause ist. Wie nannte man den früheren Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten Johannes Rau (manches Mal ein wenig abschätzig)? „Menschenfischer“ – genau das wird hier praktiziert.

Prognosen auf der Basis von Kommunalwahlergebnissen haben ihre Tücken. Es ist schier unmöglich, von ihnen auf das Ergebnis der nächsten anstehenden Wahl zu schließen. Bei der Kommunalwahl 1994 stimmten fast gleich viele Menschen für SPD und CDU – ein Kopf-an-Kopf-Rennen, das die SPD für sich entschied. Ein Jahr später war Landtagswahl. An der Rangfolge änderte sich nichts, aber der Abstand vergrößerte sich. 1999, nächste Kommunalwahl: Die Wählerinnen und Wähler machten diesmal die CDU zur stärksten Kraft, die SPD landete dahinter. Ein Jahr später, wieder Landtagswahl. Der Sieger der Kommunalwahl, die CDU, wurde diesmal auf den zweiten Platz verwiesen, für die SPD lief es umgekehrt.

Was kann man daraus lernen? Nur das Eine: Der Wähler ist ein Mensch wie du und ich. Er ist und bleibt ein unerkanntes Wesen. Klingt das zu nüchtern-negativ? Dann sagen wir so: Weil er unberechenbar ist, ist er auch nicht manipulierbar. JK

Nach der Wahl ist vor der Wahl Interview mit Landeswahlleiterin Helga Block

Die Kommunalwahl in NRW steht vor der Tür. Welche Rolle hat die Landeswahlleiterin (LWL), damit dieser Urnengang regulär und reibungslos vonstatten geht?

Hauptverantwortlich für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl sind die Wahlleiterinnen und Wahlleiter

vor Ort. Anders als bei der Landtagswahl hat die LWL hier nur wenige Aufgaben.

Als Vorsitzende des Landeswahlausschusses entscheidet sie mit über Beschwerden gegen (Nicht-)Zulassung von Wahlvor-

schlägen durch die Wahlausschüsse der kreisfreien Städte und Kreise.

Allerdings ist die LWL als für die oberste Aufsicht in Wahlangelegenheiten zuständige Abteilungsleiterin gerade in den Wochen vor der Wahl sehr beschäftigt. Das Innenministerium regelt per Erlass die Durchführung jeder Kommunalwahl. Das Wahlteam bietet mit zahlreichen Rechtsauskünften an Privatpersonen und Verwaltungen nicht nur einen Service, sondern auch Gewähr für eine ordnungsgemäße und einheitliche Abwicklung der Wahl.

Bitte nennen Sie ein paar Daten und Fakten zum aktuellen Verfahren!

Etwa 14 Millionen Wahlberechtigte in NRW, davon 900.000 Jungwähler der Jahrgänge 1984 bis 1988, darunter 370.000 16- und 17-Jährige, können am 26. September 2004 in 373 kreisangehörigen Gemeinden den Rat sowie in 23 kreisfreien Städten den Rat und die Bezirksvertretungen und in 31 Kreisen den Kreistag wählen. Zugleich werden auch die Landräte und Landrätinnen, (Ober-) Bürgermeister und Bürgermeisterinnen gewählt, sofern diese nicht während der letzten Wahlzeit (1999-2004) wegen des Ausscheidens der Amtsvorgänger neu eingesetzt wurden.

Immer öfter Wahlen - immer größere Personalprobleme? Sind noch genug ehrenamtliche Wahlhelfer zu gewinnen?

Bisher hat es noch immer genügend Hilfe gegeben. Aber die kurze Abfolge von Europa-, Kommunal- und Landtagswahl in NRW macht die Suche natürlich nicht leichter. Immerhin benötigen wir für rund 17.000 Stimmbezirke insgesamt etwa 110.000 Wahlhelferinnen und Wahlhelfer. Die Kommunen sind aber über das Internet und mit der Ansprache von Jungwählern bei der Gewinnung Freiwilliger erfolgreich.

26. September, abends, die Kommunalwahl ist gelaufen. Atempause für Sie und Ihre Leute? Wie geht es weiter?

Die Atempause setzt vermutlich nicht abends, sondern erst nachts ein, wenn wir, das sind die Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenministerium und auch die aus dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS), die eine unentbehrliche Hilfe für uns sind, nach Hause gehen. Wirklich vorbei ist es dann aber nicht, denn unmittelbar nach der Wahl werden – durch das LDS – mehrere Informationshefte zu den (vorläufigen) Wahlergebnissen erstellt. Außerdem finden am 10. Oktober 2004 ja noch Stichwahlen statt. 🐾



Helga Block

Blick nach vorn

Ob man es gut findet oder nicht - NRW steht mit seiner Kommunalwahl im Fokus des öffentlichen Interesses. 14 Millionen Wahlberechtigte werden an die Urnen gerufen, im Saarland bei der Landtagswahl am 5. September waren es gerade mal 816.000. Trend für die anstehende Landtagswahl, Denktzettel für Berlin und Hinweis auf mögliche bundespolitische Entwicklungen - die nordrhein-westfälische Kommunalwahl wird in ihren Ergebnissen bundesweit hin und her gewendet werden. Dazu drei Stimmen.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt: Aus der Vergangenheit wissen wir, dass sich Trends sehr schnell wieder verändern können. Ich beobachte aber mit Sorge, dass immer stärker versucht wird, durch mehr oder weniger seriöse Umfragen politisch Stimmung zu machen. Das führt letztlich nur zu Verunsicherung, was die Wahlbeteiligung sicher nicht positiv beeinflusst.

Professor Dr. Ulrich von Alemann: Diese Kommunalwahl ist ein Stimmungsbarometer für den Augenblick. Die Politik im Land wird 2005 weiter gehen und bald davon unberührt sein, was im Herbst 2004 geschehen ist.

Helga Block: Es wird niemanden überraschen, dass bei der Landeswahlleiterin bereits jetzt die Vorbereitungen für die Landtagswahl am 22. Mai 2005 laufen. Ob es danach, bis zur Bundestagswahl im Herbst 2006 ruhiger wird, bleibt abzuwarten.

„Das Barometer ist nicht das Wetter“ Politikwissenschaftler zur Kommunalwahl in NRW

Politiker blicken von Plakatwänden, Wahlhelfer bauen Marktstände auf und verteilen in Fußgängerzonen Broschüren. Mandatsträger (und solche, die es werden wollen) putzen Klinken, bunte Anzeigen in den Medien heischen um Aufmerksamkeit - „Wähl mich!“ lautet die Botschaft, „leih mir deine Stimme, und alles wird gut“.

Angesichts dieser schier unentrinnbaren Werbung - wie entscheiden sich die Bürgerinnen und Bürger des Landes bei der Kommunalwahl im Lande: Gehen sie zu den Urnen oder bleiben sie ihnen fern? Die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ hat dazu den Politikwissenschaftler Professor Dr. Ulrich von Alemann von der Universität Düsseldorf befragt.

Die Menschen teilen ihr Interesse zwischen Haupt- und Nebenwahlen auf, hat er festgestellt. Hauptwahlen sind Wahlen zum Bundestag; es geht in den Augen der Menschen dabei um die „große“ Politik. Hohe Beteiligung, um die 80 Prozent, ist die Regel. Landtagswahlen, Europawahl und eben auch Kommunalwahlen sind dagegen „Nebenwahlen“ - mit entsprechenden Folgen für die Zahl derer, die ihre Stimme abgeben. Sie ist deutlich geringer als bei Bundestagswahlen. Von Alemanns aktuelle Schätzung für die Beteiligung an der kommenden Kommunalwahl NRW: Zwischen 50 und 55 Prozent.

Geringe Beteiligung und damit größere Chancen für extremistische Parteien von rechts und links? Der Politikwissenschaftler gibt für Nordrhein-Westfalen Entwarnung: Hier sei es zum Beispiel rechtsextremen Gruppierungen nie gelungen, in den Landtag zu kommen. Wenn es in anderen Bundesländern einmal geklappt habe (in der Vergangenheit 14 mal, wie von

Alemann nachgerechnet hat), dann seien die Vertreter meist sang- und klanglos wieder untergegangen: Keine vernünftige Arbeit, von den Ankündigungen nichts erreicht, im Streit aufgerieben. „In 50 Jahren Deutschland haben diese Gruppierungen nie eine Gefährdung der Demokratie bewirkt“, meint von Alemann und rät: „Lassen wir die Kirche im Dorf.“ Sicher, es gebe angesichts der wirtschaftlichen Lage eine „kleine Konjunktur“ für Wahlboykott oder Protestwahl: Aber das ebbt wieder ab, sobald die Politik etwas Sichtbares zu Stande bringe.

Amerikanische Wahlkämpfe mit ihrer starken Personalisierung, der hohen Professionalisierung und dem besonderen Einsatz des Fernsehens sieht er nicht als Vorbild für deutsche Verhältnisse. Im Gegenteil, die deutschen Wähler sind nüchterner, sachlicher. Viele, so der Wissenschaftler, störten sich hierzulande am Kult der Personen, der auf manchen Plakaten getrieben wird. Sie vermischten inhaltliche Aussagen; Schlagworte seien den Menschen für ihre Entscheidung an der Urne nicht genug.

INTERNET

Von Alemann hat noch etwas anderes beobachtet. Das klassische Wahlkampfmittel, die Broschüre, bekommt langsam aber sicher Konkurrenz. Vor allem junge Leute setzen immer mehr auf das Internet. Sie informieren und tauschen sich über das Netz aus. Ein neuer Kommunikationsweg, den sich auch clevere Einzelbewerber ohne großen Parteiapparat im Rücken zu Nutze machen, mit eigener Homepage, kostengünstig, schnell und nah am Wähler.

Die Kommunalwahl im September als Stimmungsbarometer für die kommende Landtagswahl? Der Professor räumt zwar ein, in den Medien gebe es eine Tendenz, jede Wahl zu einem Plebiszit über die Bundesregierung hoch zu schreiben. Das werde aber der eigentlichen Bedeutung von Kommunalwahlen nicht gerecht. Bei ihnen gehe es um die Stadt, die eigene, nähere Umgebung. Und, gibt von Alemann zu bedenken: „Das Barometer ist nicht das Wetter.“

JK

Professor Dr.
Ulrich von Alemann
Foto: Schälte

„Der verbleibenden Zeit mehr Leben geben“

Klare Absage an alle Formen der aktiven Sterbehilfe

In NRW gibt es rund 250 ambulante Hospizdienste und 40 stationäre Hospize, ergänzt um die beiden ALPHA-Stellen zur Koordinierung der Hospizdienste in Bonn und Münster. Hinzu kommen 24 Palliativstationen an Krankenhäusern mit rund 200 Betten - der Bedarf ist jedoch deutlich größer. Darum hat sich der Landtag vor der Sommerpause fraktionsübergreifend mit zwei Anträgen zum menschenwürdigen Sterben (Drs. 13/5680) und zur multiprofessionellen palliativen Versorgung Schwerstkranker (Drs. 13/5679 neu) befasst und sie in direkter Abstimmung einstimmig verabschiedet. Einigkeit bestand dabei in der strikten Ablehnung aktiver Sterbehilfe.

Michael Scheffler (SPD) bezeichnete Hospizarbeit und Palliativmedizin als eindeutige Alternative zur aktiven Sterbehilfe. Der Wunsch nach aktiver Sterbehilfe lasse das Verlangen danach im gleichen Maß sinken, „wie einem Patienten mit begrenzter Lebenserwartung Hilfe für seine psychischen und physischen, sozialen und spirituellen Problemen angeboten wird“.

In NRW müsse ein zusätzliches Angebot an palliativmedizinischer Versorgung geschaffen werden, die berufliche Qualifikation im Bereich der professionellen Sterbebegleitung sei voranzutreiben. Über alternative Wege der Einrichtungen müsse nachgedacht und das ehrenamtliche Engagement unterstützt werden. Wer für das Recht auf Tötung auf Verlangen eintrete, der versage sich der Auseinandersetzung mit dem Lebensende; der Abgeordnete weiter: „Wenn die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Sterben und mit dem Tod nicht mehr stattfindet, verlieren wir auch die Fähigkeit, Menschenwürde und soziale Geborgenheit zu sichern.“

Ursula Monheim (CDU) berichtete davon, dass der Wunsch nach Sterbehilfe oft ein „verzweifelter Schrei ist nach Hilfe beim Sterben, nach menschlicher Nähe, nach Begleitung, nach einem Lebensende ohne Schmerzen“. Nein zu sagen zur Sterbehilfe reiche nicht, „wir müssen Wege aufzeigen und Rahmenbedingungen schaffen, die ein menschwürdiges Sterben ermöglichen, den Sterbenden die Angst nehmen und ihre Angehörigen nicht in die Isolation abdrängen“. Da setzten die beiden Anträge klare Zeichen. Sie böten aber auch Gelegenheit, allen zu danken, die im Dienst sterbender

Menschen und ihrer Angehörigen stehen: „Ihr Einsatz ist unverzichtbar. Denn gerade im Umgang mit schwachen und sterbenden Menschen zeigt sich, wie human unsere Gesellschaft ist.“

Dr. Jana Pavlík (FDP) nannte die vermeintliche Wahl zwischen autonomer Selbstentscheidung und Auslieferung an die Apparatemedizin eine Scheinalternative, die sich nicht in den Köpfen der Menschen festsetzen dürfe. Deswegen seien die Hospizangebote auszuweiten und die Palliativmedizin gezielt zu fördern. Bei allen technischen und organisatorischen Verbesserungen sei die ethische Verankerung wichtig. Dazu meinte sie: „Palliativmedizin bedeutet nicht, bei fortgeschrittenen Erkrankungen dem Leben mehr Zeit, sondern der verbleibenden Zeit mehr Leben zu geben.“

Barbara Steffens (GRÜNE) erklärte, die demografische und soziale Entwicklung stelle neue Herausforderungen an die Gesundheits- und Sozialpolitik. Die palliativmedizinische Aus- und Weiterbildung müsse verbessert werden. Als fester Bestandteil seien die ambulanten Palliativdienste auszubauen und mit den bestehenden Einrichtungen zu vernetzen. In städtischen Regionen stürben bis zu 90 Prozent der Menschen nicht in ihrer häuslichen Umgebung, wie das die meisten Menschen wünschten. Die Rahmenbedingungen in Heimen und Krankenhäusern seien aber oft nicht so, dass eine aus-

reichende persönliche Begleitung gewährleistet sei.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) betonte, die Landesregierung habe sich im letzten Jahrzehnt intensiv in der Hospizarbeit und der Sterbebegleitung engagiert „und ist für Aktivitäten in anderen Ländern oft Vorbild gewesen“. Die Landesregierung fördere in der Palliativmedizin zwei Modellprojekte. Im Rahmen der Krankenhausplanung werde ein flächendeckender Ausbau der Palliativstationen angestrebt: Zunächst in jeder Stadt und jedem Kreis. Der Bereich werde auch stärker in Forschung und Lehre sowie in der Ärzteausbildung verankert. Idee und Konzept der Hospizbewegung müssten viel mehr als bisher Eingang in die traditionellen Versorgungsstrukturen finden.

Rudolf Henke (CDU) fand: „Es gibt keine Hierarchie, die besagt, dass Leben zu retten oder Krankheit zu heilen wichtiger ist, als Sterbende zu begleiten.“

Dem tatsächlichen Tod gehe oft der soziale Tod voraus, fuhr er fort und fand es als das Entscheidende, „Nähe zu praktizieren, sich demjenigen zu stellen, der davon betroffen ist, und sich dem nicht zu entziehen“.

Leuchtturm im Meer der Information

Ausschuss informiert sich über neues Angebot

www.Gesundheit.nrw.de – wer diese Adresse im Netz anklickt, dem öffnet sich die „virtuelle Pforte zur Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen und Wegweiser zu qualitätsgesicherten Gesundheitsinformationen“. Der Gesundheitsausschuss des Landtags unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) war gespannt: Auf seiner letzten Sitzung Mitte September ließ sich der Ausschuss von der Gesundheitsministerin des Landes über das Landesportal unterrichten, das bürgernah und kompetent die Menschen informieren will.

Die Information übernahmen Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) und Projektleiterin Beatrix Reiß. Klick für Klick, so der Tenor, könnten die Besucher des Bürger- und Patienteninformationssystems, egal ob Gesundheitsinteressierte, Betroffene oder Angehörige, wichtige Adressen und wertvolle Informationen abrufen. Wer etwas über das Gesundheitswesen in NRW wissen oder sich über die in diesem Bereich verantwortlichen Körperschaften schlau machen will, wird ebenso bedient wie Ratsuchende, die sich über Diabetes, Brustkrebs oder etwa das „Zappelphilipp-Syndrom“ von Kindern auf den aktuellen Stand bringen wollen.

ORIENTIERUNG

Das Gesundheitsportal will seine Informationen aktuell, seriös, und transparent liefern. Es soll wie ein Leuchtturm aus dem Meer von einer halben Million Homepages herausragen, die in diesem Bereich angeboten werden. In dieser Vielfalt besteht Gefahr, dass Ratsuchende rasch die Orientierung verlieren. Darum ist das neue Angebot auf strenge Qualitätskriterien ausgelegt. Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit, Nachweis der Urheberschaft und der Quellen, Aktualität der Informationen, Verständlichkeit und Anwenderfreundlichkeit, Ausgewogenheit, Objektivität und Neutralität sind oberste

Richtschnur des NRW-Portals.

Zum Beispiel Selbsthilfe. Die Datenbanksuche ermöglicht das schnelle Auffinden von einzelnen Versorgungs- und Selbsthilfeangeboten mit demnächst über 60.000 Adressen. Das Angebot „Selbsthilfe von A-Z“ befindet sich im Aufbau, die landesweite Liste der ansprechbaren Gruppen wird kontinuierlich erweitert. Schon jetzt sind etwa die AIDS Hilfe NRW oder verschiedene Arbeitskreise („Kunstfehler in der Geburtshilfe“ oder „Arbeitsgemeinschaft der rheinisch-westfälischen Elternkreise drogengefährdeter und abhängiger Menschen/ARWED“) anzuklicken. Die Barrierefreiheit des Internetangebots, das heißt die Nutzung durch Menschen mit Behinderung ohne fremde Hilfe und vor allem ohne Schwierigkeiten, soll zum Jahresende technisch möglich sein.

Das neue Portal soll mehr sein als ein weiteres Informationsangebot. Es soll seinen Nutzern mehr Kompetenz und Verantwortung für die eigene Gesundheit verschaffen und für mehr Transparenz im Gesundheitswesen sorgen. Ziel ist, dass der Mensch und Patient ein zusätzliches Maß an Autonomie und Partizipation gewinnt.



Erkenntnisgewinn für den medizinischen Laien- bevor das Stethoskop ihm zu Leibe rückt, kann er sich schon über Krankheit und Hilfe im Netz erkundigen.

Foto: Schälte

„Rauf aufs Rad“ Motto des Gesundheitstags

„Gesundheit bedeutet Lebensqualität und Leistungsfähigkeit.“ Darum werde Vorbeugung immer wichtiger. Mit diesen Worten wirbt Landtagspräsident Ulrich Schmidt für den Gesundheitstag, der in diesem Jahr am 28. September im Landtag stattfinden wird. Landtagsabgeordnete, Fraktionsangehörige und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung haben die Möglichkeit, eine Reihe von Gesundheitskontrollen durchführen zu lassen. So können die individuellen Blutdruck-, Blutzucker-, Cholesterin- und Körperfettwerte gemessen werden. Außerdem wird eine Grippe-Schutzimpfung angeboten. Dabei ist in diesem Jahr ein Angebot zur Diabetes-Prävention einer großen deutschen Arzneimittelfirma. Diese Aufklärungsinitiative zur Vermeidung und zur Früherkennung von Diabetes läuft bundesweit seit Ende März. Das Motto „Rauf aufs Rad!“ soll alle motivieren, zur oft im Sitzen ausgeübten beruflichen Tätigkeit einen körperlichen Ausgleich zu suchen. Bewegungsmangel ist neben Übergewicht einer der Risikofaktoren für die Volkskrankheit Diabetes.

Manches erreicht, noch vieles zu tun

Enquetekommission legt ihre Abschlussbilanz vor

Nach dreijähriger Arbeit übergab die Enquetekommission ihren Abschlussbericht dem Landtagspräsidenten. Erschienen ist er in einer Verlagsausgabe, wurde inzwischen an einen großen Teil der Beteiligten und Interessierten in NRW verschickt und wird noch in diesem Monat im Plenum beraten.

Die Kommission beschäftigte sich während ihrer Arbeitszeit mit einer Vielzahl von Themen. Es war ihr dabei ein Anliegen, von Anfang an möglichst viele der relevanten AkteurInnen in NRW in die Arbeit zu integrieren. Neben den regelmäßig durch externen Sachverstand abgerundeten Sitzungen gab es eine Vielzahl von fachöffentlichen Veranstaltungen zu ausgewählten Themen. Es wurden mehrere Gutachten und Expertisen erstellt, deren Ergebnisse in der Regel mit der zuständigen Fachöffentlichkeit diskutiert wurden.

Aus dem gesamten Spektrum der gesundheitlichen Versorgung entwickelte sich eine rege Teilnahme an diesen Fachveranstaltungen. Gesundheitsämter, Gleichstellungsstellen und verschiedene Kammern bis hin zu Arbeitsschutz und Fachministerien schickten Vertretungen. Hinzu kamen weitere Fachleute, die ihr Know-how einbrachten.

Befruchtet wurde die Arbeit durch die von vornherein ermöglichte fachöffentliche Beteiligung. Dies führte auch zu Rückmeldungen über die prompte Umsetzung einzelner Empfehlungen in die Praxis. Auch bei der Durchsetzung gesundheitspolitischer Anliegen konnte durch die Kommission ein Beitrag geleistet werden. So geschehen bei der gesetzlichen Verankerung der Mutter-Kind-Kuren als Pflichtleistungen und der Durchsetzung der Ermächtigung eines Rheumaspezialisten. In der medizinischen Versorgung von Gewaltopfern gibt es erste Verbesserungen und ein Gutachten zu den Risiken einer Hormontherapie in den Wechseljahren war für die gesamte Diskussion des Themas leitend.

Dies heißt aber nicht, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Für die notwendigen Rahmenbedingungen einer geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung gibt es noch viel zu tun.

Bei der Aus-, Weiter- und Fortbildung in den Gesundheitsberufen bedarf es der Berücksichtigung

eines Genderblickes. Das Wissen um geschlechtsspezifische Unterschiede von Gesundheit und Krankheit ist systematisch zu integrieren, was zu einer Vermeidung von Unter-, Über- und Fehlversorgung führen kann. Als Beispiel seien hier die teils erheblichen Unterschiede in der Wirkung von Arzneimitteln bei Frauen und Männern genannt.

FEHLVERSORGUNG

Auch Forschung im Gesundheitswesen braucht Geschlechtersensibilität. Nötig sind die Einbeziehung von Frauen in klinische Studien, eine nach Geschlechtern differenzierte Auswertung der Ergebnisse und gendersensible Studiendesigns. Öffentlich geförderte Forschungsprojekte sind grundsätzlich dem Gendergedanken zu verpflichten. Wichtig ist es, den Frauenanteil an den Forschenden zu erhöhen.

Die Gesundheitsberichterstattung ist geschlechtersensibel weiterzuentwickeln. Die Kommission empfiehlt dem Land, den kreisfreien Städten und Kreisen sowie den Krankenkassen eine geschlechtsdifferenzierte Berichterstattung. Mit einer fortlaufenden Berichterstattung auf Basis regelmäßiger und repräsentativer Daten kann die Entwicklung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung aufgezeigt und Handlungsbedarf ermittelt werden. Neben der Berücksichtigung der Geschlechter ist eine Differenzierung nach Zielgruppen und Lebenslagen notwendig. Ziel

einer geschlechtersensiblen Gesundheitsberichterstattung ist sowohl die Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit als auch das Sichtbarmachen der unterschiedlichen Präventions- und Versorgungsbedarfe von Frauen und Männern. So wird zu einer Verbesserung und Effizienzsteigerung in der gesundheitlichen Versorgung insgesamt beigetragen.

Bestätigt hat sich die Notwendigkeit, Fraueninitiativen finanziell abzusichern. Für die kommunalen und landesweiten Versorgungsstrukturen des Gesundheitsbereiches ist eine fachkundige Beratung und Information erforderlich, sowie die Koordination mit der Fraueninfrastruktur notwendig. So profitiert das Gesundheitswesen von der Einbindung „frauen-spezifischen Sachverständes“ im Problem-bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

An die AkteurInnen in NRW wird nun die Bitte herangetragen, den Stab zu übernehmen und den begonnenen Weg weiter zu beschreiten. Dabei sind die von der Kommission entwickelten konkreten Handlungsempfehlungen geeignet, noch bestehende Defizite aufzuzeigen und ein frauengerechtes Gesundheitssystem in NRW zu fördern.



Der Bericht (Bild) kann über den Buchhandel bezogen werden (ISBN 3-531-14414-6). Im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung am 28. September von 14–18 Uhr wird er im Landtag vorgestellt. Information und Anmeldungen: Athena Pawlatos, Tel. 0211-884-2946
athena.pawlatos@landtag.nrw.de.

Foto: Schälte

„Call a Bike“ nennt sich das Projekt der Deutschen Bahn, über das sich der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Manfred Hemmer (SPD), am Stand der DB (Bild) informiert hat. Beim Besuch in den Kölner Messehallen nahmen die Ausschussmitglieder am Radverkehrskongress der Internationalen Fahrradmesse IFMA teil und erlebten eine Überraschung: Bei der Preisverleihung „best for bike 2004“ gewann das nordrhein-westfälische Projekt Radroutenplaner NRW den ersten Preis. Radfahrer können unter www.radroutenplaner.nrw.de individuelle Routen planen. Davon haben bis jetzt über 14 Millionen Menschen Gebrauch gemacht.

Foto: Holler



DB und Städte wandeln
ehemalige Bahnflächen um

Schienen weichen Wohnungen

Herzlichen Dank sprach der Vorsitzende des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen, Wolfgang Röken (SPD), dem Geschäftsführer der BahnflächenEntwicklungsGesellschaft NRW (BEG), Thomas Lennertz, aus, der im Ausschuss am 15. September zum BahnflächenPool NRW über Daten und Fakten zur Umsetzung des ersten „Liegenschaftspaketes NRW“ und des ersten „Empfangsgebäudepaketes NRW“ berichtet hatte.

Sprecher aller Fraktionen waren sich mit Städte- und Wohnungsbauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) einig, dass hier sehr erfolgreich und zügig gearbeitet worden sei. Dabei begrüßten die Ausschussmitglieder die Aktivitäten der Landesregierung und der Deutschen Bahn AG (DB AG) im Rahmen des Bahnflächenpools NRW und betonten den ökonomischen und städtebaulichen Erfolg. Vor diesem Hintergrund unterstützt der Ausschuss die Absicht der Landesregierung, ein zweites Liegenschaftspaket zu vereinbaren, das alle mitwirkungsbereiten Kommunen berücksichtigt. Einstimmig wurde die Bahn aufgefördert, eine entsprechende Vereinbarung kurzfristig abzuschließen. Dieser Ausschussbeschluss soll auch in der öffentlichen Sondersitzung des Verkehrsausschusses zur Sprache kommen, zu der am 28. September der Vorstandsvorsitzende der DB AG, Hartmut Mehdorn, in Düsseldorf erwartet wird.

Der von Lennertz vorgetragene außerordentlich positive Zwischenbericht: Die BEG hat mit 70 der insgesamt 100 Programmstädte und -gemeinden einen Konsens über den Vorrang der Entwicklung von entbehrlichen Bahnflächen vor der Entwicklung von Flächen

im Freiraum erreicht. Es fehlen nur fünf Kommunen, mit denen noch Gespräche geführt werden. In vielen Gemeinden wurden zudem „Problemverfahren“ gelöst, so Lennertz, bei denen die Verkaufsverhandlungen zwischen DB AG und Kommune vor Gründung der BEG zu Konflikten geführt haben und deshalb erfolglos waren.

NEUE STADTQUARTIERE

In vielen Städten und Gemeinden wurde auf den Bahnflächen die Schaffung neuer umfangreicher Stadtquartiere vorbereitet, die für die weitere städtebauliche Entwicklung der Kommunen von großer Bedeutung sind. Die von den Städten und Gemeinden angestrebte Schaffung von über 46 Hektar Bauland für Gewerbe, Wohnen und Dienstleistungen ist Grundlage von Kaufverträgen, die zum ersten Quartal 2004 abgeschlossen wurden. Perspektive bis 2007: insgesamt über 266 Hektar Bauland in Gewerbe-, Wohn-, Misch-, Kern- oder Sondergebieten. In Abstimmung mit den Kommunen und im Einzelfall auch mit der Landesplanung werden Einzelhandelsbetriebe

auf innerstädtischen Flächen angesiedelt. Hierbei handelt es sich um integrierte Standorte in den Innenstädten oder an deren Rand.

Gewerblichen Unternehmen, die Mieter einer Bahnimmobilie waren, wurden langfristige Perspektiven mit dem Verkauf von fast zehn Hektar an Flächen und Gebäuden eröffnet. Durch die gemeinsame Vorbereitung verkehrsgünstigen Gewerbebaulandes können im Schnitt 45 neue Arbeitsplätze je Hektar Bruttobauland in zentralen Lagen entstehen. Gesichert werden auch bestehende Arbeitsplätze in Betrieben, die durch den Kauf von Bahnflächen ihre Betriebsfläche erweitern können. So bietet die angestrebte Entwicklung von Bauland im gewerblichen Bereich die Chance, 10.000 Arbeitsplätze zu schaffen beziehungsweise zu sichern.

Weitere Einzelheiten: Stillgelegte Bahntrassen werden in erster Linie an Kommunen veräußert, um verkehrswichtige Radwegeverbindungen zu schaffen. Grünflächen werden erhalten, nicht mehr benötigte Bahnhofsempfangsgebäude haben in Kommunen und Privaten neue Eigentümer gefunden. Schließlich konnten Kommunen ihre Infrastrukturplanungen mit Straßen, Plätzen und Stellplatzanlagen realisieren.

Harald Holler

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 11. Oktober vorgesehen. Vorab ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Die Spielerlöse in den Spielkasinos in Nordrhein-Westfalen stagnieren. Das berichtete Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) im **Ausschuss für Haushalt und Finanzen** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU). Als Grund habe sein Ministerium neben der Sparsamkeit angesichts der Wirtschaftslage die Einführung des Euro und auch die starke Konkurrenz durch Internet-Kasinos ausgemacht. Einem auch vom Betreiber Westspiel gewünschten eigenen Online-Kasino stehe derzeit jedoch das Gesetz im Wege. Mit den Erlösen aus dem Betrieb der insgesamt vier Kasinos wird unter anderem die Stiftung Wohlfahrtspflege finanziert. Eine Ausweispflicht für den Automatenbetrieb wird es kurzfristig nicht geben, da es dafür auf Länderebene keine Mehrheit gebe.

+++

Für die internationalen Schulen in Nordrhein-Westfalen soll auch mit dem neuen Schulgesetz (Drs. 13/5394) alles beim Alten bleiben. Was bisher durch Runderlass geregelt sei, werde nun lediglich auf Gesetzesebene festgeschrieben, teilte Schulministerin Ute Schäfer (SPD) im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) mit. Demnach wird es auch weiterhin im Ermessensspielraum der jeweiligen Schulaufsicht liegen, die obligatorischen Ausnahmegenehmigungen für den Besuch einer Ersatz- und insbesondere Ergänzungsschule zu erteilen.

+++

Die steigenden Energiepreise beschäftigten auf Antrag der CDU den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU). Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) sagte, er verfolge die Energiepreisentwicklung mit Sorge. Das Energieministerium ist für die Genehmigung von

Strompreiserhöhungen zuständig. „Das Ministerium wird seine Aufgabe intensiv wahrnehmen“, so Dr. Horstmann. Bisher seien noch keine Anträge der Energieversorger gestellt, wohl aber angekündigt worden.

+++

Herbstlaub auf den Gleisen der Deutschen Bahn AG hatte im vergangenen Jahr für Störungen des Zugverkehrs gesorgt. Tausende von Berufspendlern mussten zum Teil erhebliche Verspätungen oder gar Ausfälle von Zugverbindungen in Kauf nehmen. Damit sich so etwas in diesem Jahr nicht wiederholt, hat die Deutsche Bahn AG reagiert und unter dem Arbeitstitel „Herbst 2004“ eine Fülle von Einzelmaßnahmen erarbeitet, um die Angebotsqualität auch unter den erschwerten herbstlichen Bedingungen zu verbessern. Dieses



Illustration: h,m

Maßnahmenbündel wird der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, am 28. September dem **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) vorstellen und erläutern. Neben den Ausschussmitgliedern werden zudem Mitglieder und Gäste der Parlamentarischen Gruppe Bahn sowie weitere Landtagsabgeordnete erwartet.

+++

Das Landwirtschaftsministerium rechnet mit einer deutlich steigenden Zahl von Verträgen mit Waldbesitzern im Rahmen des Vertragsnaturschutzes. 145.000 Hektar Wald seien in NRW entweder Vogelschutzgebiet oder FFH-Zone (Flora-Fauna-Habitat), berichtete Staatssekretär Dr. Thomas Griese im **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU). Bisher habe man landesweit vier Pilotverträge geschlossen.

Da FFH aber bis Ende 2004 umgesetzt werden muss, werde die Zahl der interessierten Waldbesitzer wohl weiter zunehmen.

+++

Die Umsetzung der Arbeitsmarktreform Hartz IV in den Kommunen war Thema im **Wirtschaftsausschuss**. Wie Dr. Josef Fischer, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, dem Ausschuss berichtete, hat die Landesregierung sechs Kommunen ausgewählt, die die Betreuung von Langzeitarbeitslosen in eigener Regie übernehmen wollen. Dies sind die Städte Hamm und Mülheim sowie die Kreise Steinfurt, Coesfeld, Düren, und Ennepe-Ruhr. Die Kreise Minden-Lübbecke, Hochsauerland, Kleve und Borken stehen auf der Warteliste. Abgelehnt wurden die Kreise Euskirchen, Lippe und der Rhein-Kreis Neuss.

+++

Die Auswertung der öffentlichen Anhörung zu den Gesetzentwürfen der Fraktionen über ein Jugendfördergesetz NRW mündete im **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie** (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) in der Vereinbarung, dass die Fraktionen im kleineren Kreis die Möglichkeiten eines gemeinsamen Gesetzentwurfs aller vier Fraktionen kurzfristig ausloten werden. Hierbei gibt es insbesondere noch Diskussionsbedarf bei Themen wie finanzieller Wirksamkeit und den Förderhöhen.

+++

Die Richtlinien zur bundesweit geregelten Körperschaftssteuer werden den **Ausschuss für Haushalt und Finanzen** demnächst in einer Anhörung beschäftigen. Helmut Diegel (CDU) beantragte dies für seine Fraktion, um zu klären, ob und inwieweit jetzt in Erlassform vorliegende Vorschriften nicht eindeutiger und für mittelständische Unternehmen besser im Gesetz geregelt werden könnten. Grundlage ist ein Antrag der Fraktion (Drs. 13/5326).

+++

Die Landesregierung wird keine gesonderte Erhebung über die Ergebnisse des integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichts an Gesamtschulen in Auftrag geben. Einen entsprechenden Gemeinschaftsantrag von FDP- und CDU-Fraktion lehnte der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** mit den Stimmen von SPD und Grünen ab.

„Unanständige Vorwürfe zurücknehmen“

Nachspiel der Affäre Erwin im Rechtsausschuss

Die Affäre um die angebliche Steuerhinterziehung des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Joachim Erwin (CDU) und seiner Frau ist beendet. Die Staatsanwaltschaft hat vor kurzem den Beschuldigten mitgeteilt, dass sie das Ermittlungsverfahren eingestellt hat. Das berichtete Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) den Mitgliedern des Rechtsausschusses (Vorsitzender Dr. Robert Orth, FDP).

SPD und Grüne hatten dafür gesorgt, dass der Punkt „Vorwurf des Oberbürgermeisters der Stadt Düsseldorf, das gegen ihn gerichtete Verfahren wegen Steuerhinterziehung sei politisch motiviert“, vom Ausschussvorsitzenden auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Diesen und weitere Vorwürfe des Oberbürgermeisters bezeichnete der Justizminister als „unanständig“ und „ehrenrührig für die Betroffenen“ und forderte Erwin auf, seine Vorwürfe zurückzunehmen. Es gebe nicht einmal den „Hauch eines Versuchs der Einflussnahme“ von politischer Seite auf die Staatsanwaltschaft. Die habe vielmehr „mit aller gebotenen Neutralität und Sachlichkeit“ das Verfahren geführt – und entsprechend einer generellen Weisung des Justizministers rechtzeitig vor der Kommunalwahl abgeschlossen. Gerhards fügte zur Erläuterung an, die Staatsanwaltschaften im Land seien gehalten, alle Verfahren gegen Politiker so zügig abzuwickeln, dass eine Kommunalwahl davon nicht berührt werde.

Gerade da hakte die CDU ein. Ihr Sprecher Peter Biesenbach wunderte sich, dass es hier in NRW „eine gewisse Systematik vor Wahlen“ gebe: „Erst Pofalla, jetzt Erwin“, meinte er unter Hinweis auf einen zurückliegenden Fall, in dessen Verlauf vor der letzten Landtagswahl Räume des niederrheinischen Bundestagsabgeordneten Ronald Pofalla durchsucht worden waren, der als möglicher neuer Minister in einem CDU-Kabinett in NRW gehandelt worden war. Biesenbach: Ob die SPD schon sagen könne, wer vor der Landtagswahl 2005 dran sei?

„Verfolgswahn“ attestierte Frank Sichau (SPD) daraufhin der Union. Er nannte das Wort von der „politischen Justiz“ im Lande „ungeheuerlich“ und forderte Erwin auf, sich dafür zu ent-

schuldigen. Den Vorwurf der politischen Justiz in NRW ließ auch Sybille Haußmann (GRÜNE) nicht gelten. Die Verfahrenseinstellung vor dem Wahltermin sei ja geradezu der Beweis des Gegenteils. Im Übrigen, schloss sie, würde sich eine politische Justiz nicht an solchen „zweitrangigen“ Persönlichkeiten abarbeiten – denen die CDU vergeblich „Martyrercharakter“ zu verleihen suche, wie Hans-Willi Körfges (SPD) anmerkte.

Jan Söffing (FDP) bezeichnete den Vorwurf als „ein Spiel mit dem Feuer“. Das alles gehe weit über das Ziel hinaus. Der Abgeordnete erinnerte daran, nicht zum ersten Mal unterhalte man sich an dieser Stelle über undichte Stellen im Behördenapparat. Er wollte wissen, welche Untersuchungen und Maßnahmen in Justiz- und Finanzministerium eingeleitet worden sind, um diese Stelle zu ermitteln.

Ausschussvorsitzender Orth (FDP) schließlich bedauerte, dass es nicht gelungen sei, dem Informanten auf die



Schier allgegenwärtig – Plakate, auf denen im Stadtgebiet Joachim Erwin für seine Wiederwahl als Düsseldorfer Oberbürgermeister wirbt. Dieser Ausschnitt entstammt einem Wahlkampfposter in der direkten Nachbarschaft des Landtags, der sich im Rechtsausschuss vor kurzem mit Erwin befasst hat.

Foto: Schälte

Schliche zu kommen, der Details des Verfahrens nach draußen gegeben habe. Die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach habe in dieser Sache mit hohem Aufwand ermittelt, aber keinen Erfolg gehabt, bedauerte der Justizminister. Das müsse er zur Kenntnis nehmen.

Minister weg, Sitzung vorbei

Kurzer Prozess im Rechtsausschuss: Nachdem man sich eine Stunde lang über den ersten Tagesordnungspunkt („Vorwurf des Oberbürgermeisters der Stadt Düsseldorf...“) ausgetauscht hatte, gab es eine viertelstündige Sitzungsunterbrechung, um den Medien in dieser Pause Gelegenheit zu geben, Interviews mit den Protagonisten vor der Saaltür zu führen.

Schon zu Beginn hatte Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) angekündigt, er könne nur bis 14.30 Uhr anwesend sein, weil er dann nach Berlin fliegen müsse. Minister und Staatssekretär weg - da fand die Opposition, es sei wenig sinnvoll, in der Tagesordnung der Ausschusssitzung fortzufahren. Abstimmung, keine Einwände von anderer Seite, Ende der Beratungen.

VOLLZUGSKOMMISSION

Zehn weitere vorgesehene Beratungsgegenstände wurden so vertagt, darunter drei Berichte, in denen die Landesregierung informieren sollte über „Vorwürfe aus dem Justizministerium, die Justiz habe zu ihrer gegenwärtigen Belastungssituation selbst beigetragen“, über das „Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Dortmund gegen Dortmunder IHK-Verantwortliche wegen Veruntreuung von Zwangsbeiträgen“ und schließlich noch über die „Überstellung ausländischer Strafgefangener“.

Die Abgeordneten kamen auch nicht dazu, sich dem Bericht der Vollzugskommission über ihre Tätigkeit im Jahre 2003 (TOP 7) zu widmen. Über die Eindrücke und Erfahrungen, die die Vollzugskommission des Rechtsausschusses bei ihren Besuchen in den Vollzugseinrichtungen des Landes gesammelt hat, wird „Landtag intern“ in einer der kommenden Ausgaben informieren.

Gefährdet Walsum die Umwelt?

Minister weist Vorwürfe zurück

Auf Antrag der SPD-Fraktion befasste sich am 15. September der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) in einer Aktuellen Viertelstunde mit dem Thema „Steinkohlebergbau in Walsum: Gefahrenpotenziale erkennen, analysieren und, wenn nötig, beheben“. Anlass war die Forderung des Oppositionsführers Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) nach einem sofortigen Abbaustopp. Am 7. September hatte Rüttgers laut Presseberichten gesagt, der Kohleabbau unter dem Rheindeich im Bergwerk Walsum verursache eine akute Umweltgefährdung. Dr. Axel Horstmann (SPD), Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung, wies diese Einschätzung jetzt als „haltlos“ zurück. Es gebe keinerlei neue Erkenntnisse. Der Steinkohlekompromiss vom Frühjahr diesen Jahres sieht vor, die Duisburger Zeche vorzeitig bis 2009 zu schließen.



Der Ausschuss lauschte seinem Bericht: Energieminister Dr. Axel Horstmann (l.) neben dem Ausschussvorsitzenden Dr. Helmut Linssen (r.).

Fotos: Schälte

Minister Horstmann sagte, anders als von Rüttgers behauptet gebe es keinen neuen Riss am und im Deich. Es handle sich vielmehr um eine Bodenbewegung, die bereits im August 2000 prognostiziert worden sei. Eine Spundwand sei bereits 2003 planmäßig eingebaut worden. Weiterhin sei der Bergbehörde kein evakuierter Bauernhof bekannt. Rüttgers habe vermutlich das „Wahrmanshaus“ gemeint. Dieses Gebäude habe die Deutsche Steinkohle AG (DSK) erworben und bereits 2003 wegen „Deichertüchtigungsmaßnahmen“ abgerissen.

Schluss gekommen, dass die Gefahr einer Überschreitung des Richtwertes der Strahlenschutzverordnung nicht bestanden habe.

Auch der Vorwurf Rüttgers', es käme zu einer veränderten Fließrichtung des Wassers und dadurch zu einer Trinkwasserverunreinigung, sei falsch. Dies belege das Gutachten der Planungsgemeinschaft Mombach, das im Auftrag der DSK erstellt wurde. Es stimme auch nicht, dass die DSK gefährdende Abbauvorhaben vorziehe. Eine kurzfristige Änderung der Abbauplanung sei aus bergtechnischen Gründen gar nicht möglich. Schließlich gebe es auch keine Versäumnisse beim Katastrophenschutz. Für die von Rüttgers bemängelte geringe Anzahl der Rettungsboote seien die Kreise zuständig.

UNABHÄNGIGKEIT

Christian Michael Weisbrich (CDU) sagte, die Landesregierung müsse die Sorgen der Anwohner ernst nehmen. Eine Klärung der Risikolage durch unabhängige Sachverständige sei nötig. Er fühle sich von dem Zechenbetreiber, der DSK, nicht ausreichend informiert. Der Katastrophenschutz sei insgesamt nicht gewährleistet.

Werner Bischoff (SPD) erklärte, seine Fraktion habe die Aktuelle Viertelstunde einberufen, um „spektakulären Presseberichten“ entgegenzutreten. Er warf der CDU-Fraktion vor, ihre Beurteilung sei „sehr stark am politischen Termin orientiert“. Es sei „nicht anständig“ von Weisbrich, den Landesbehörden Zuarbeit im Interesse des Unternehmens zu unterstellen. Sicherheitsfragen hätten oberste Priorität.

Reiner Priggen (GRÜNE) berichtete, er habe vor Ort große Erdversetzungen gesehen. Auch

an der Wasserseite des Deiches gebe es bis zu 80 Zentimeter tiefe Löcher. Er fragte nach, ob geplant sei, erstmals auch während der hochwassergefährdeten Zeit von November bis April unter dem Deich abzubauen. Minister Horstmann verneinte dies und kündigte zu weiteren Fragen eine schriftliche Stellungnahme des Ministeriums an.

Dr. Gerhard Papke (FDP) meinte, die Gefährdung sei größer als bisher angenommen. Seine Fraktion sei der Meinung, „dass wir mit der Schließung nicht bis zum 1. Januar 2009 warten können“. Es gebe eine identische Position von SPD, Landesregierung und DSK. Die Situation werde „verniedlicht, verharmlost, beschwichtigt“. Er fragte nach, wie oft die Rissentwicklung kontrolliert werde und wann die nächste Deichsanierung anstehe. Horstmann antwortete, Bergbehörde und Umweltamt kontrollierten wöchentlich. Eine Deichsanierung sei für Oktober dieses Jahres geplant.

Für die CDU-Fraktion beantragte Weisbrich eine Ortsbesichtigung durch den Wirtschaftsausschuss. Die FDP schloss sich dem Antrag an. Für die SPD sprach sich Bischoff gegen einen solchen Ortstermin aus. Rüdiger Sagel (GRÜNE) meinte, eine Ortsbesichtigung (sein Fraktionskollege Priggen: „Akt der Vernunft“) zum jetzigen Zeitpunkt sei in seinen Augen nicht sinnvoll. Erst sollte man die angekündigte Antwort des Ministers auf die von Abgeordneten gestellten Fragen abwarten. In der Abstimmung wurde der Antrag mit Mehrheit abgelehnt. **AR**



An der Sitzung nahm auch der neue Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dr. Norbert Walter-Borjans, teil.

Das Thema „radioaktiv belastete Grubenwässer“ betreffe nicht Walsum, wohl aber das Bergwerk West. Hier habe die Bergbehörde Messungen durchgeführt und sei zu dem

Wunsch: Enger Kontakt zu Brüssel

Regierung arbeitet an Präsentation des Landes in Japan

Den neuen Leiter der Landesvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel, Dr. Manfred Degen, stellte Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD) dem Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik vor. Degen war zuletzt stellvertretender Leiter der Landesvertretung und arbeitete in der Vergangenheit in der Europäischen Kommission und im Ausschuss der Regionen. Die Abgeordneten Edith Müller (GRÜNE), Ilka Keller (CDU) und Dietmar Brockes (FDP) brachten dem neuen Leiter gegenüber ihren Wunsch auf eine enge, frühzeitige und umfassende Unterrichtung des Landtags über wichtige Aktivitäten der europäischen Institutionen durch die Landesvertretung zum Ausdruck.

Die für Eine-Welt-Politik zuständige Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) stellte die neue Eine-Welt-Beauftragte Tina Jerman vor, die die Nachfolge von Dr. Thomas Fues antritt. Jermann wird bei der Fortführung und Weiterentwicklung der Arbeit ihres Vorgängers besonderes Gewicht auf die Stärkung der kulturellen Dimension in den Strategien zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung legen.

Der Ausschuss befasste sich des Weiteren mit der Öffentlichkeitsinitiative des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Ausschusses der Regionen zur Europäischen Verfassung. Gabriele Sikora (SPD) verdeutlichte die Notwendigkeit einer eigenständigen Positionsbestimmung des Landtages hinsichtlich der Beteiligung der Landtage an der Subsidiaritätskontrolle (Frühwarnsystem).

Staatssekretärin Professor Dr. Miriam Meckel stellte die Präsentation des Landes Nordrhein-Westfalens beim Deutschlandjahr in Japan 2005/2006 vor. Eröffnet wird die NRW Präsentation mit einer Pressekonferenz im März 2005. Im Juni/Juli wird sich ein Kultursommer NRW anschließen. Im November desselben Jahres gibt es ein NRW-Forum mit der Wirtschaft. Die Abschlussveranstaltung findet im März 2006 statt.

Neue Eine-Welt-Beauftragte der Landesregierung: Tina Jerman (Mitte), flankiert von der zuständigen Ministerin Bärbel Höhn (r.) und der Ausschussvorsitzenden Ute Koczy (l.).

Foto: Schälte



Verantwortung und Transparenz

Präsident mahnt Fortschritt bei Föderalismusreform an

Die innerstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und die gegenwärtigen Bestrebungen, die Beziehungen zwischen Bund und Ländern neu zu ordnen, waren Thema einer Vortragsveranstaltung der nordrhein-westfälischen Akademie der Wissenschaften, an der als Vertreter des Landesparlaments Landtagspräsident Ulrich Schmidt teilnahm.

Die föderale Struktur ist reformbedürftig“, betonte der Landtagspräsident in seiner Rede. Viele äußere und innere Faktoren hätten langsam, aber stetig die Gewichtsverteilung und die Ausgewogenheit der föderalen Ordnung verändert. Ein Grund dafür liege in den gestiegenen Bund-Länder-

Verflechtungen, fuhr der Landtagspräsident fort. Immer mehr Entscheidungen fielen in Exekutiv- und Verbundgremien hinter verschlossenen Türen von Kommissionen statt in öffentlicher Debatte der Parlamente, bemängelte Schmidt.

Gerade für die Akzeptanz politischer Entscheidungen seien aber Verantwortung und Transparenz wichtig. Wenn nicht mehr erkennbar sei, wer auf welcher Ebene für welche Entscheidung verantwortlich sei, dann sei demokratische Kontrolle nicht mehr aus-

reichend gewährleistet. Er sehe in diesem Umstand eine der Ursachen für das Fernbleiben von den Wahlurnen, „gerade auch bei Landtagswahlen“.

Hier müssten die Länder und die Landesparlamente verlorenes Terrain zurückgewinnen, forderte Schmidt. An diesem Verlust seien sie nicht ganz unschuldig, denn oft genug hätten sie der Übertragung von Entscheidungen und Hoheitsrechten auf die Bundes- oder europäische Ebene zugestimmt. Jetzt gebe es aber Hoffnung, dass alle Beteiligten Ernst damit machten, neue Handlungsräume zu eröffnen. Es müsse mehr sein als der Konsens darüber, im Jagdwesen die Gesetzgebungskompetenz an die Länder zu übertragen, meinte der Präsident und sagte: „Ich hoffe doch sehr, dass da noch etwas dazukommt.“ Er denke beispielsweise an die Beteiligung der Landesparlamente bei Übertragung von Gegenständen der ausschließlichen Gesetzgebung auf den Bund oder die Europäische Union.

SPD

SPD: Das Fahrrad als Verkehrsmittel weiter stärken

Wir werden das Fahrrad als Verkehrsmittel in Nordrhein-Westfalen weiter stärken und unsere im bundesweiten Vergleich herausragende Spitzenstellung weiter ausbauen“, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gerhard Wirth. Damit NRW weiterhin das Fahrradland Nummer 1 bleibe, habe die SPD-Landtagsfraktion einen entsprechenden Antrag beschlossen. Darin werde die Landesregierung aufgefordert, alle Aktivitäten zugunsten der Radverkehrsförderung fortzusetzen und ressortübergreifend zu bündeln. Die Bedeutung des Radverkehrs und vor allem der Umstieg vom PKW auf das Fahrrad im Nahbereich solle durch geeignete Maßnahmen verstärkt bekannt gemacht werden. „Die Potenziale des Radverkehrs sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft“, stellte Wirth fest. Die Tourismusbranche könne im Zusammenspiel mit den Städten und Gemeinden, dem Land und der Fahrradindustrie noch erhebliches Wachstum generieren. Zu begrüßen sei die Aktion der Deutschen Bahn AG, die in Köln, der größten nordrhein-westfälischen Stadt, mit den so genannten „Call a bike“-Fahrrädern eine einfache und umweltverträgliche Mobilitätsgelegenheit anbiete. „Wir hoffen, dass dieses gute Beispiel in weiteren nordrhein-westfälischen Städten Schule macht und zusätzlich die Deutsche Bahn AG auch im Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr eine Fahrradmitnahme zukünftig ermöglichen wird“, forderte Wirth.

FDP

FDP bietet NRW-Künstlern Ausstellungsforum im Landtag

Die FDP-Landtagsfraktion ermöglicht Künstlern aus NRW, ihre Werke im Rahmen von Ausstellungen im Landtag zu präsentieren. Die Ausstellungsreihe soll den Künstlern aus den verschiedenen Regionen des Landes zu einer größeren Bekanntheit verhelfen. Sabine Suhrborg aus dem niederrheinischen Wesel ist die zweite Künstlerin, die das Angebot der Liberalen nutzt. Seit 1984 widmet sich die Künstlerin hauptsächlich der Ölmalerei. Ihre „Kunst vom Niederrhein“ steht unter dem Titel „BEGEGNUNG IN FARBE“. Schwerpunkt ihrer Arbeit sind Ölgemälde mit Naturlandschaften, vor allem Wasserlandschaften. Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionschef, eröffnete die Ausstellung Mitte September. Die Werke der Künstlerin sind noch bis Mitte Oktober im Foyer vor dem FDP-Fraktionssaal und auf den Fluren vor den Räumen der FDP-Landtagsfraktion zu sehen. Die Auswahl der Stücke lädt dazu ein, sich in eine positive Welt zwischen Träumereien und Wirklichkeit entführen zu lassen. Eine weitere Ausstellung folgt.



CDU

Merkel: Original und Porträt

Ein außergewöhnliches Porträt von der CDU-Bundesvorsitzenden Angela Merkel hatte der Kölner Künstler HA Schult gemalt - nun konnte die Übereinstimmung mit dem Original überprüft werden. Zur Übergabe des Schult-Bildes an die Käuferin Silvia Troska kam es jetzt auf der Terrasse von CDU-Fraktionschef Jürgen Rüttgers im Düsseldorfer Landtag. In einer launigen Ansprache erklärte HA Schult, dass er nicht nur von seinem „Modell Merkel“ begeistert sei, sondern auch darauf hoffe, das Werk im Beisein des „künftigen Landesvaters und Ministerpräsidenten von NRW“ überreichen zu können. Die Käuferin Silvia Troska war 1998 Unternehmerin des Jahres. Ihr in Langenfeld ansässiger Betrieb ist Marktführer für Hand- und Nagelpflegeprodukte. Auch Silvia Troska freute sich, dass sie nicht nur die gemalte, sondern auch die echte Angela Merkel kennen lernen konnte.



GRÜNE

Löhrmann: Schrittweise zur Basisschule für alle Kinder

Anlässlich der Veröffentlichung der neuen OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ diskutierte die grüne Fraktion das erneute schlechte Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich. Zwar wurden in NRW mit dem Ausbau der Ganztagschule, der flexiblen Eingangsphase in den Grundschulen, mit der Einführung von Bildungsstandards und den Lernstandserhebungen sowie der wachsenden Selbstständigkeit von Schulen die Weichen richtig gestellt. Die Grüne Fraktion bekräftigte aber ihre Einschätzung, dass dies nur erste Schritte sein können und eine grundsätzliche Reform des Bildungssystems überfällig ist. Die Abgeordneten plädierten für die schrittweise Überführung des gegliederten Schulsystems zu einer Basisschule für alle Kinder. Diese differenziert nach innen und knüpft gezielt an Begabungen und Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers an. Nur die Überwindung der Selektionsmechanismen in unserem Schulsystem kann den Weg für individuelle Förderung und mehr Leistung in der Spitze wie in der Breite frei machen.



Porträt der Woche: Ilka Keller (CDU)

Sich mit der Oppositionsrolle abzufinden oder gar sich darin einzurichten, ist nicht „das Ding“ von Ilka Keller. „Wenn ich das Gefühl hätte, würde ich aufhören“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete resolut. Ausgestattet mit einem Direktmandat vertritt sie seit 1990 die linksrheinischen Städte und Gemeinden Alfter, Bornheim, Meckenheim, Rheinbach und Wachtberg im Landtag. Bei der quirligen Aktivität, die sie an den Tag legt, ist ein Ausscheiden nicht zu befürchten. Entschieden erklärt die CDU-Frau: „Ich brauche das Gefühl, dass ich etwas bewirken kann, ansonsten würde die Arbeit für mich uninteressant. Wichtig sind für mich auch die Menschen vor Ort. Ich brauche wirklichen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern.“ Dabei räumt die Christdemokratin ein, dass sie aus der Rolle der Oppositionspolitikerin in ihrem Wahlkreis politisch mehr bewirken kann als im Düsseldorfer Landtag. Dementsprechend verteilt sie ihre Arbeitskraft.

Da ihr Wahlkreis vom Umzugsbeschluss des Bundestages besonders betroffen war, wirbelte Ilka Keller in den letzten Jahren kräftig vor Ort. Es galt, Gemeinde übergreifend neue Gewerbegebiete anzuschließen, für ein Technologiezentrum zu werben und sich für Umgehungsstraßen sowie einen zusätzlichen Autobahnanschluss einzusetzen. „Bei all diesen Projekten konnte ich Kontakte zwischen meinem Wahlkreis und Düsseldorf herstellen. In vielen Fällen war das eine wirkliche Herausforderung. Sie hat Spaß gemacht und macht noch immer Spaß. Da kann man sehen, wie sich etwas verändert und dass man als Teil davon mitwirken konnte“, freut sie sich. Ihr Wahlkreisbüro hat Ilka Keller, die 1944

in Bad Wiessee geboren wurde, in der Nähe des Hauptbahnhofs mitten in Bonn. „Damit alle Bürger mich gut erreichen“ erklärt die Abgeordnete. Dort ist sie regelmäßig anzutreffen.

EUROPAPOLITIK

Im Düsseldorfer Landtag hat sich Ilka Keller auf ihre Rolle als Sprecherin für Europa- und Eine-Welt-Politik konzentriert, nachdem sie sich in den vorangegangenen Legislaturperioden vor allem mit Wirtschaft, Landwirtschaft und Kultur beschäftigte. „Losgelöst von Europa können wir viele Projekte gar nicht mehr durchsetzen“, so Keller, zu deren Schwerpunkten die Agenda 21, ökologische Produktionsweisen und kulturelle Belange gehören. In ihrer Sprecherfunktion hat die CDU-Politikerin viel an der rot-grünen Landesregierung zu kritisieren. „Sowohl für die Europa- wie für die Eine-Welt-Politik kann ich sagen, dass wir von der Union die Anträge formulieren und versuchen, die Themen voranzutreiben. Von Regierungsseite kommt praktisch nichts“, stellt Ilka Keller fest. In der letzten Haushaltsdebatte hat die CDU-Abgeordnete, die verheiratet ist und zwei Kinder groß gezogen hat, dem zuständigen Minister Wolfram Kuschke vorgeworfen: „Das Europakapitel ist Pfusch am europäischen Bau.“ Der Minister selber spreche von einer Schmerzgrenze, doch die sei längst überschritten, rügt Ilka Keller. Vor allem ärgert es die CDU-Politikerin, dass die Landesregierung die von Brüssel angebotenen Mittel nicht ausschöpft. „Dabei bräuchten wir die Mittel dringend für die Forschung und zur

Schaffung neuer Arbeitsplätze“, rügt sie.

Ilka Keller, die gelernte Reisebüro-Verkauffrau ist, kam 1973 zur CDU und kletterte kontinuierlich auf der politischen Karriereleiter nach oben. 1974 bis 1989 war sie Vorsitzende der CDU-Frauenunion Swisttal. 1974-1989 Mitglied des Gemeinderates Swisttal. 1979-1994 Mitglied des Kreistages Rhein-Sieg-Kreis, seit 1995 Vorsitzende der CDU Swisttal und Mitglied im Kreis- und Landesvorstand.

Für Hobbys hat Ilka Keller kaum Zeit. Doch in der mageren Freizeit liest sie alles, was mit Wirtschaft, Management und Kultur zusammenhängt. Tatsächlich scheint die Politik ihr Hobby zu sein. Dabei ist es der Christdemokratin wichtig, dass die Bürger das Gefühl haben, in Entscheidungsprozesse einbezogen zu sein. „Wenn das nicht gelingt, hat die Politik keine Chance“, weiß die Abgeordnete.

Autorin:
Gerlind
Schaidt



Formkrise

Erneut schlug der Fußball-Seismograph heftig nach unten aus. Dabei begann es gar nicht so übel im Paul-Janes-Stadion in Düsseldorf: Nach wenigen Minuten des taktischen Abstastens ging der FC Landtag durch Jörg Krause in Führung.

Zwei mehr als unglückliche Gegentore brachten den FCL gegen das Team der WZ (Westdeutsche Zeitung) noch vor der Pause in Rückstand. Aber noch hielt der FCL ganz gut mit, und er wehrte sich nach Kräften. Ralf Jäger präsentierte sich erneut durch sein körperbetontes Spiel als giftiger Defensivmann. Bernhard Tenhumberg zeigte seine Qualitäten vor allem im Spiel Mann gegen Mann. Dr. Hans Kraft fegte die Außenlinie rauf und runter – der Prototyp eines modernen Außenverteidigers. Und im Sturmzentrum ließ Willi Nowack immer wieder seine filigrane Spielkultur aufblitzen.



Doch es kam anders: Innerhalb von vier Minuten kassierte der FCL drei Tore und lag nun mit 1:5 hoffnungslos hinten. Nun war es vorbei mit jeglichem Aufbäumen. Noch drei weitere Male musste Rene Markgraf die Kugel aus seinem Netz fischen. Dem FCL fehlt zurzeit der Wille zum Sieg, die Mannschaft ist derzeit nicht in der Lage, ein Spiel umzudrehen.

Inzwischen hat der FC Landtag eine eigene Homepage. Sie lautet www.fc-landtag-nrw.de

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer
Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 24. September bis 4. Oktober 2004

24.9. Heinz Hardt (CDU)	(68)
25.9. Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)	(63)
26.9. Winfried Schittges (CDU)	(58)
28.9. Ilse Ridder-Melchers (SPD)	(60)
2.10. Michael Breuer (CDU)	(39)
4.10. Birgit Fischer (SPD)	(51)

Herbert Reul (CDU), Landtagsabgeordneter aus Leichlingen, hat wegen seiner Wahl in das Europäische Parlament in Straßburg nach 20 Jahren Mitgliedschaft im Landtag NRW sein Mandat zurückgegeben. Als Nachfolger wird **Volker Mosblech** (CDU), Versicherungskaufmann aus Duisburg, neues Mitglied der CDU-Landtagsfraktion. Mosblech gehört dem Rat der Stadt Duisburg an und ist dort Mitglied im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Logistikentwicklung sowie im Werksausschuss für das Immobilienmanagement Duisburg.

Rainer Kirsch (Essen) ist vom Landtag zum neuen Direktor beim Landesrechnungshof (LRH) Nordrhein-Westfalen gewählt worden. **Josef Kurt Wurms** (Hürth) wurde ebenfalls zum neuen Mitglied des LRH gewählt. Kirsch ist als Abteilungsleiter für die Prüfung des Einsatzes der Informationstechnik in der Landesverwaltung verantwortlich. Wurms übernimmt als neuer Prüfungsgebietsleiter die Prüfung im Steuerbereich. Sie wurden inzwischen von LRH-Präsidentin **Ute Scholle** in ihre Ämter eingeführt.

Bodo Champignon, SPD-Landtagsabgeordneter aus Dortmund, ist erneut zum Vorsitzenden des AWO-Bezirks Westliches Westfalen gewählt worden. In seiner vierten Amtsperiode leitet der 62-Jährige damit die größte AWO-Gliederung Deutschlands. Stellvertreterin wurde **Gabriele Gorcitz**, SPD-Abgeordnete aus Herne. Als weitere Landtagsabgeordnete wurde **Gerda Kieninger** (SPD) in den Vorstand gewählt, dem auch **Michael Scheffler** (SPD) als Beisitzer angehört.

Dr. Wilhelm Droste (CDU), Landtagsabgeordneter aus Ratingen, wurde auf einem Parteitag Anfang des Monats mit einer Mehrheit von 95 Prozent als Vorsitzender der CDU im Kreis Mettmann im Amt bestätigt. Droste ist bereits seit 1996 Kreisvorsitzender und wird nun weitere zwei Jahre an der Spitze der Kreis-CDU stehen.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, **Karl-Wolfgang Brandt**, sowie der Leiter des Katholischen Büros, **Dr. Karl-Heinz Vogt**, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 23. September 2004 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Falke Ronny ...

... soll der Taubenplage am Landtag ein Ende bereiten. Was sich nach einer blutigen Methode anhört, ist im Grunde genommen harmlos. Denn die Taubenschwärme, die das Landtagsgebäude als Brutstätte nutzen, werden von dem dressierten Falken nicht etwa angegriffen oder gar erbeutet, sondern durch regelmäßige Rundflüge lediglich verscheucht. Ronnys Herrchen, der Berufsfalkner und Biologe **Lothar Ciesielski** (Foto), nennt diese Methode „ökologische Taubenvergrämung“. Seit der Sommerpause ist Ciesielski vier Mal in der Woche mit seinen Vögeln – neben Ronny kommen auch Wüstenbussarde zum Einsatz vor Ort. Erste Erfolge sind jetzt bereits festzustellen, viele Tauben scheinen den Landtag mittlerweile zu meiden. Dabei hofft die Landtagsverwaltung erheblich Kosten einzusparen. Allein im Jahr 2003 wurden für konventionelle Methoden wie Stromdrähte und Netze sowie die Beseitigung des Taubenkots rund 70.000 € ausgegeben.

Foto: Schälte